Donnerstag, den 27. Juli 1922.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

94. Jahrgang. — Nr. 173.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 35.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 105.— Mk., monatlich 35.— Mk., frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. — Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. — Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfall-Unterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 1,20 Mk., Familienanzeigen 1,00 Mk., Stellengesuche 80 Pfg.; außerhalb 1,50 Mk., für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 8.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsweiser Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Vor der Londoner Konferenz zwischen Poincare und Lloyd George.

Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter.

Das Spiel zwischen Poincare und Lloyd George geht weiter, ohne daß man aus den vorliegenden Meldungen mit Sicherheit ersehen könnte, welches nun eigentlich das Ziel der Londoner Konferenz sein wird. Eine Havas-Meldung setzt den Termin dieser Zusammenkunft auf den 1. August fest; vertrauenswürdigere Privatmeldungen dagegen versichern, daß der Tag durchaus noch nicht bestimmt sei, und daß die englische Regierung den denkbar größten Wert darauf lege, Italien die Teilnahme zu ermöglichen.

Lloyd George hofft dann, mit Unterstützung der Italiener, etwas männlicher Poincare gegenübertreten zu können, dem es bisher noch immer gelungen ist, in Konferenezn unter vier Augen den englischen Ministerpräsidenten zur Annahme des französischen Standpunktes zu bewegen. Diesmal scheint allerdings ein Problem zur Debatte zu stehen, bei dem Geschäftsinteressen Englands mitsprechen und gerade für den Engländer hat in einem solchen Falle die Nachgiebigkeit eine Grenze. Lloyd George würde sich vielleicht dazu bereit erklären, auf die direkten Schuldforderungen an Frankreich zu Gunsten einer Herabsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen zu verzichten, aber das neuerlich auftauchende Verlangen Poincares, England solle auch seinen Anteil an der deutschen Kriegskontribution völlig Frankreich überschreiben, wird keinesfalls Gegenliebe finden.

Poincare stellt solche übetriebenen Forderungen auf, um nachher von Opfern sprechen zu können, die er der Erhaltung der englisch-französischen Freundschaft gebracht habe. Er ist auf keinen Fall gesonnen, irgendeinen der englischen Wünsche, sei es nun Verzicht auf jede Sonderaktion Frankreich gegen Deutschland, sei es Genehmigung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund oder sei es gar eine Herabsetzung der militärischen Kräfte Frankreichs zu willfahren. Im Gegenteil, seine Taktik geht dahin, eine Regelung zu finden, die Frankreich finanziell wieder aufhilft, die aber zugleich ihm freie Hand läßt, gegenüber Deutschland in derselben Weise, wie bisher und möglichst noch schärfer, zu verfahren.

Das eine sollte das andere ausschließen, aber Poincare traut sich soviel Gerissenheit zu, daß ihm auch das gelingen könnte. Das „Petit Parisien" macht in kaum verhüllter Form den Vorschlag, daß die Deutschland zu gewährende internationale Anleihe Frankreich voll und ganz zugute kommen soll, während der „Matin" zugleich erklärt, daß selbst bei einer Regelung Frankreich volle Handlungsfreiheit behalten müsse. Deutschland hat allen Grund, sich nun endlich einmal von den inneren Zwistigkeiten abzuwenden und auf das zu achten, was seine äußeren Gegner zusammenbrauen.

*

„Chicago Tribune" meldet: Die englische und die französische Regierung sollen Belgien und Italien zur Entsendung von Vertretern zur Londoner Konferenz aufgefordert haben. Auch Spanien sei eingeladen worden. Angesichts des nahen Zeitpunktes der Konferenz beschloß die Reparationskommission, die Beantwortung des deutschen Moratoriumsgesuchs aufzuschieben, bis die Regierungen darüber verhandelt hätten.

Die Linkspresse zu Lerchenfelds Rede.

„Voss. Ztg.":

Der gestrige Tag bedeutet der Anfang vom Ende, auch für den Grafen Lerchenfeld. Das Vertrauensvotum belastet ihn mit der Verpflichtung, eine Sache durchzufechten, in der Sieg oder Niederlage gleich verhängnisvoll sein muß. Er hat sich in eine Lage bringen lassen, in der er nicht mehr kann, wie er will.

„Berl. Tageblatt":

Was Bayern heute, können morgen Lippe oder Anhalt für sich in Anspruch nehmen. Es muß letzten Endes die Einheit des Reiches praktisch regieren. Das Reich hat also die Verpflichtungen, derartigen gefährlichen Extratouren der Einzelländer mit allen aus der Reichsverfassung entspringenden Mitteln entgegenzutreten.

„Vorwärts":

Das Blatt glaubt über die Auffassung in der gestrigen Beratung des Reichskabinetts mitteilen zu können, daß an überstürzte Maßnahmen, wie Inanspruchnahme der Reichsexekutive nicht gedacht werde. Der verfassungswidrige Schritt Bayerns sollte zunächst mit verfassungsrechtlichen Maßnahmen beantwortet werden, und zwar werde sich dem Blatt zufolge das Kabinett zunächst wahrscheinlich für die Anrufung des Reichsgerichts laut Artikel 13 der Reichsverfassung entscheiden.

*

Die Zusammensetzung des bayerischen Landtages.

* TU **München**, 26. Juli. Nach dem Ausscheiden der 13 Demokraten verfügt die Koalition noch über die 65 Stimmen der Bayerischen Volkspartei und die 12 Stimmen des Bauernbundes, also über 77 Stimmen von 158 Stimmen. Denkbar sind nun entweder eine Minderheitskoalition mit Unterstützung der 20 Mittelparteiler und Neutralität der Demokraten gegen die 43 Mitglieder der drei sozialistischen Fraktionen oder die Aufnahme der Mittelpartei (13 Deutschnationale, 6 Volksparteiler und 1 Hospitant der Deutschen Volkspartei) in die Koalition, die dadurch auf 97 Sitze verstärkt würde. Im Kabinett würde die Mittelpartei mit ein bis zwei Sitzen (Justiz und evtl. Handel) vertreten sein.

Frankreich und die deutschen Sachlieferungen

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

Im „Petit Parisien" wurde vor einigen Tagen die Ueberzeugung ausgedrückt, daß Frankreich während der letzten Monate des laufenden Jahres seinen Anspruch auf deutsche Sachleistungen „nur" im Ausmaße von 200 Millionen Goldmark ausnutzen würde, und daß die im Wiesbadener Abkommen und in den späteren Ergänzungsoertragen vorgesehenen deutschen Sachleistungen — für Frankreich im Werte von 950 Millionen Goldmark — erst im kommenden Jahre voll angefordert werden dürften.

Aus anderer Quelle verlautet, daß mit den Sachlieferungen nicht eher begonnen werden könne, als bis eine Entscheidung über die zollmäßige Behandlung der deutschen Lieferungen erfolgt sei.

Aus diesen beiden Nachrichten geht hervor, daß es in Frankreich nach wie vor zwei Richtungen gibt: Die einen — die Politiker — wollen Deutschland bei der Abwicklung des Sachleistungsprogramms in Verlegenheit und schließlich in strafwürdigen Erfüllungsverzug bringen; die anderen — die Industriellen und ihre Gefolgschaft — wollen es möglichst überhaupt nicht zu umfangreichen deutschen Waren- und Material-Lieferungen kommen lassen, um ihren eigenen Warenabsatz nicht zu stören.

Die Beschränkung der Sachleistungen für das laufende Jahr auf 200 Millionen Goldmark scheint ein Kompromiß zwischen Politikern und Industriellen zu sein. Nach den Feststellungen des Garantiekomitees in Berlin sind die Reichsfinanzen so notleidend geworden, daß selbst eine geringe regelmäßige Belastung mit Reparationszahlungen und -Leistungen katastrophale Folgen haben kann. Die Reichsregierung hat sich gezwungen gesehen, nicht nur für die Barraten der Reparation, sondern auch für den internationalen Zahlungsausgleich Nachlaß zu erbitten. Die Reichskasse wird überdies dauernd durch die Kohlentribute belastet, die wir unseren Gläubigen unentgeltlich zu leisten haben, und für die das Reich die Zechenbesitzer entschädigen muß. Für Poincaré und seine Gesinnungsgenossen handelt es sich hierbei um die Frage, ob eine Belastung Deutschlands mit Sachleistungen im Werte von „nur" 200 Millionen Goldmark genügt, um eine nochmalige Erfüllungskrise herbeizuführen. „Erfüllungskrise" soll aber künftig das Losungswort zum Einschreiten sein.

Es ist schwer zu sagen, welches das äußerste Maß an Belastung ist, unter dem Deutschland nicht schon nach wenigen Monaten zusammenbricht. Daß Sachleistungen für die deutsch Volkswirtschaft durchaus nicht viel leichter aufzubringen sind, als Barzahlungen, wird jetzt auch im Auslande allmählich erkannt und zugegeben. Als Beweis hierfür seien die sehr vernünftigen Gedanken erwähnt, die Henry F. Chandler, der Syndikus der Neuyorker „National Bank of Commerce", in einem Gutachten über die deutsche Krise niedergelegt hat. Er weist treffend nach, daß durch große Waren- und Materialtribute die Inflation in Deutschland fast ebenso vermehrt würde wie durch Barzahlungen.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß die Folgen der bisherigen verderblichen Barzahlungen auch in der deutschen Produktion zum Ausdruck kommen müssen. Die gesunkene Kaufkraft der Mark hat eine außerordentliche Verteuerung der ausländischen Rohstoffe (Eisen, Kupfer, Wolle, Baumwolle usw.) zur unausbleiblichen Folge gehabt und damit zu einer Kapitalkrise geführt, welche viele Wirtschaftszweige zu Betriebseinschränkungen zwingt. Auch die Tatsache, daß der deutschen Industrie heute nur noch wenig mehr als die Hälfte der im Jahre 1914 verfügbaren Steinkohlenmengen zu Gebote steht, muß zu einem weiteren Rückgange der gewerblichen Produktion und damit zu einer Krise bei der Abwicklung selbst eines stark ermäßigten Sachlieferungsprogrammes führen.

In jedem Fall darf die Reichsregierung bei den kommenden Reparationsverhandlungen keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß beim heutigen Stand der Reichsfinanzen und der deutschen Wirtschaft an eine volle Erfüllung der in der Reparationsnote vom 21. März d. J. vorgesehenen Sachleistungen in Höhe von 1450 Millionen Goldmark nicht zu denken ist.

Deutschnationales Verlangen nach einer Reichstagseinberufung.

Die deutschnationale Reichstags- und Landtagsfraktion nahm eine dem Reichstagspräsidenten Loebe übermittelte Entschließung gegen die Haltung der Regierung in der Frage der Finanzkontrolle an. Diese Erklärung lautet:

Gegen die Annahme der Denkschrift des Garantiekomitees durch die Reichsregierung legt die deutschnationale Fraktion den schärfsten Einspruch ein. Mit der Annahme der Denkschrift hat die Reichsregierung wichtigste Souveränitätsrechte preisgegeben. Die Zustimmung des Reichstages zu diesem Schritt hatte die Reichsregierung nicht eingeholt, die Annahme der Denkschrift stehe vielmehr in vollem Widerspruch zu dem letzten Beschluß, den der Reichstag in der Wiederherstellungsfrage durch die feierliche Billigung der die Kontrollforderungen der Wiederherstellungskommission aufs schärfste zurückweisenden Erklärung des Reichskanzlers vom 28. März gefaßt hat. Angesichts dieser Sachlage verlangt die deutschnationale Fraktion sofortige Einberufung des Reichstages. gez. Hergt.

Wie gemeldet, ist inzwischen der 8. Ausschuß (Ueberwachungsausschuß des Reichstages) zu einer Sitzung einberufen worden.

Der Steuerabzug vom 1. August.

Vom Reichsminister der Finanzen ist den Landesfinanzämtern zur Veröffentlichung folgende Notiz zugegangen:

Der Steuerabzug erfährt vom 1. August 1922 ab eine wesentliche Aenderung. Während bisher die Beträge, um die sich der von dem Arbeitslohn einzubehaltende Betrag von 10 v. H. minderte, auf den Monat gerechnet, je 20 Mark für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau, 30 Mark für jedes zur Haushaltung zählende minderjährige Kind ohne eigenes Arbeitseinkommen, oder jedes nicht über 17 Jahre alte Kind mit eigenem Arbeits-Einkommen und 45 Mark zur Abgeltung der Werbungskosten und sonstigen Abzüge betragen haben, betragen sie nunmehr vom 1. August 1922 ab das Doppelte von 20 Mark und 45 Mark, nämlich 40 Mark und 90 Mark monatlich, statt je 30 Mark für die Kinder nunmehr monatlich je 80 Mark. Die erhöhten Beträge finden bei jeder nach dem 31. Juli erfolgenden Lohnzahlung für einen nach dem 31. Juli 1922 fällig gewordenen Arbeitslohn Anwendung, während in der Zeit vor dem 31. Juli 1922 für einen bis zu diesem Zeitpunkt fällig gewordenen Arbeitslohn die alten Ermäßigungssätze von 20, 30 und 45 Mark monatlich oder bei kürzeren Lohnzahlungsperioden die entsprechenden Teilbeträge Platz greifen. Im übrigen — abgesehen von diesen ziffernmäßigen Aenderungen — ist der Arbeitgeber nach wie vor an die Eintrage, die von der Gemeindebehörde oder dem Finanzamt auf dem Steuerbuche hinsichtlich der Zahl der bei dem einzelnen Arbeitnehmer zu berücksichtigenden Familienangehörigen gemacht sind, gebunden. Den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und den Finanzämtern ist ein Merkblatt zugegangen, aus dem alles für den Steuerabzug Wesentliche entnommen werden kann.

Wiederaufnahme der Erwerbslosen-Fürsorge.

Der Minister für Volkswohlfahrt verfügt in einem neuen Erlaß hinsichtlich der Wiederaufnahme in die Erwerbslosenfürsorge folgendes:

In den Fällen, in denen die Erwerbslosenfürsorge eingestellt worden ist, weil sie die zulässige Dauer erreicht hat, ist die Unterstützung mit Ablauf von weiteren 26 Wochen wieder zu gewähren, sofern die allgemeinen Voraussetzungen der Fürsorge vorliegen. Diese Bestimmung gewinnt erhöhte Bedeutung, seit die Lage des Arbeitsmarktes gestattet hat, die zeitliche Beschränkung der Fürsorge durchzuführen. Für ihre Anwendung ist das Folgende zu beachten: Zwar verlangt die Verordnung nicht ausdrücklich, daß der Erwerbslose, der die Fürsorge wieder in Anspruch nimmt, in der Zwischenzeit ständig gearbeitet hat. Die Fürsorgeträger werden aber, ehe sie die Unterstützung wieder gewähren, sorgsam zu prüfen haben, ob und wie lange der Erwerbslose in den 26 unterstützungsfreien Wochen Arbeit geleistet hat. Hat er nicht, oder nur mit Unterbrechungen gearbeitet, so muß der Fürsorgeträger die Gründe feststellen, aus denen dies geschieht. Ein Erwerbsloser, der bei der Lage des Arbeitsmarktes, wie sie seit dem Herbst besteht, in dem größeren Teil der 26 Wochen nicht gearbeitet hat, wird in aller Regel nicht die Arbeitsfähigkeit oder nicht die Arbeitswilligkeit besitzen, die gegeben sein müssen, damit die Erwerbslosenfürsorge wieder für ihn eintreten kann. Ihm wird also in der Regel die Unterstützung versagt werden müssen.

Die Arbeitszeit der Eisenbahner.

Von unterrichteter Seite wird der Telegraphen-Union mitgeteilt: Die Vereinbarungen über die Arbeitszeit der Eisenbahner war ein Gegenstand einer Besprechung der Eisenbahnerorganisationen. Eine vorgelegte Erklärung des Eisenbahnerverbandes konnte aber nicht zur Annahme gelangen, weil die Vertreter der Reichsgewerkschaft erklärten, sie seien nicht in der Lage, bindende Erklärungen abzugeben, solange ihr erweiterter Vorstand nicht Stellung genommen habe.

Neue Zeitungsverbote.

TU. **München**, 26. Juli. Der „Völkische Beobachter" in München ist wegen eines Leitartikels „Der Typ der jüdischen Chefs" auf drei Tage von der bayerischen Regierung verboten worden.

TU. **Hamburg**, 26. Juli. Der Polizeichef von Altona teilt mit, daß nach § 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik verschiedene Nummern der Zeitschriften „Hamburger Bürgerglocken", „Wovon man spricht" und „Michel" beschlagnahmt worden sind.

Zur Verabschiedung des Arbeitsnachweisgesetzes.

Von Oberbürgermeister Dr. Most, M. d. R.

Mitten zwischen den großen politischen Erörterungen der letzten 14 Tage ist ein Gesetz vom Reichstag verabschiedet worden, dessen Endschicksal unter anderen Umständen ohne Zweifel weit größere Beachtung in der weiteren Oeffentlichkeit gefunden hätte: das Arbeitsnachweisgesetz. Es bedeutet eine Stufe in der Entwickelung unserer Sozialpolitik, der eine außerordentliche Bedeutung grundsätzlicher wie praktischer Art zukommt: zugleich in der Form, die es schließlich gewonnen hat eine sehr bemerkenswerte gesetzgeberische Entscheidung zwischen zwei einander gegenüberstehenden Prinzipien.

Es hat keine Partei gegeben, die im Ausschuß aber im Plenum des Reichstags die Förderung und Stärkung des öffentlichen Arbeitsnachweises nicht als wünschenswert und dringlich angesehen hätte. Darin war man sich im wesentlichen einig. Weit auseinander aber gingen die Meinungen über den Weg, den man zur Erreichung dieses Zieles einzuschlagen habe. Dabei standen sich im wesentlichen die Anhänger der privatwirtschaftlichen und der gemeinwirtschaftlichen Auffassung, der Idee von der Freiheit und von der Zwangsbewirtschaftung des Wirtschaftslebens gegenüber. Die Mehrheit des Ausschusses hat für die ersteren entschieden. Das Plenum ist dem beigetreten. An dem Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien, das im Ausschuß monatelang durchgeführt war — nicht auf Grund von Verabredung, sondern notwendigerweise auf Grund gleicher Grundmeinung —, hat sich auch in letzter Stunde kaum etwas geändert, trotz allem, was dazwischen vorgefallen ist. Das schließlich bei der dritten Lesung des Gesetzes ein Teil der Deutschnationalen es abgelehnt hat, schlägt nicht allzu sehr zu Buch; das entspricht der von dieser Seite in manchen ähnlichen Fällen eingenommenen Haltung vor der großen Oeffentlichkeit. Im Ausschuß hat auch diese Partei Schulter an Schulter mit den übrigen nicht sozialistischen Fraktionen gearbeitet.

An drei Tatsachen kann, wer das Gesetz kritisiert, nicht vorübergehen:

1. An der Tatsache, daß schon vor dem Kriege die öffentlichen Arbeitsnachweise vor allen anderen Formen der Arbeitsvermittelung die maßgebende Rolle errungen haben, und zwar im wesentlichen dank ihrer tüchtigen Leistungen. Das bleibt immer ein Ruhmestitel, insbesondere der gemeindlichen Sozialpolitik.

2. An der Tatsache, daß bereits das Stellenvermittlergesetz von 1910 die Möglichkeit geschaffen hat, den Geschäftsbetrieb auch nichtgewerbsmäßiger Arbeitsnachweise aller Art durch behördliche Anordnungen zu regeln;

3. an der Tatsache schließlich, daß Kriegs- und Demobilmachungsrecht den Grundsatz sowohl des Errichtungszwanges als auch der Verpflichtung der Arbeitgeber zur Anmeldung ihres Bedarfs an Arbeitskräften unter gewissen Voraussetzungen an den öffentlichen Arbeitsnachweis festgelegt hat; nebenbei wohl bemerkt: nur die Verpflichtung zur Meldung, nicht aber die Verpflichtung zur Einstellung gerade der etwa vom Arbeitsnachweis zugesandten Arbeitskräfte.

Diesen Errichtungszwang, d. h. die Verpflichtung jedes Stadt- und jedes Landkreises (gegebenenfalls unter Zusammenlegung mehrerer Kreise) zur Erreichung eines öffentlichen Arbeitsnachweises, ist nun gesetzlich festgelegt. In der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle wird es sich dabei tatsächlich nicht um eine Neuerrichtung handeln, sondern lediglich darum, Bestehendes in die vom Gesetz vorgesehene Form zu bringen. Die Meldepflicht für größere Betriebe kann vom Reichsarbeitsminister je nach Bedürfnis angeordnet werden. Dabei wird in erster Linie an Krisenzeiten gedacht. Die Landwirtschaft ist davon, ebenso wie alle Betriebe anderer Art mit weniger als fünf Arbeitskräften, grundsätzlich angenommen. Die Geschäftsführung der öffentlichen Arbeitsnachweise soll einem paritätisch zusammengesetzten Verwaltungsausschuß unterstehen. Den Vorsitzenden ernennt die Kommunalverwaltung. Daß auch hierbei ein Mißbrauch und offenkundige Parteilichkeit nicht Platz greife, soll durch ein gewisses Einspruchsrecht der Interessenvertreter gegen diese Ernennungen gesichert werden.

Nicht angenommen wurde — und das ist der Hauptgegenstand des Streiks gewesen — der Gedanke, daß der öffentliche Arbeitsnachweis das

Monopol haben, d. h. daß jeder andere Arbeitsnachweis aufgelöst werden solle. Das Gesetz sieht vielmehr vor daß auch künftig neben dem öffentlichen Arbeitsnachweise andere gemeinnützige und Interessentenarbeitsnachweise weiter bestehen und unter gewissen Voraussetzungen sogar neu errichtet werden können. Allerdings werden diese der Aufsicht der Landesarbeitsämter bezw. des Reichsamts für Arbeitsvermittlung sowie den für ihren Betrieb vom Reichsarbeitsminister zu erlassenden allgemeinen Vorschriften unterstellt. Hiergegen wird im Interesse eines wirklichen Hand-in-Hand-Arbeitens aller Glieder der Arbeitsvermittlung wenig einzuwenden sein. Von einem Zwang, die öffentlichen Arbeitsnachweise zu benutzen, ist im Gesetz angesichts dessen natürlich auch keine Rede; denen bleibt das Zeitungsinserat nach wie vor offen. Jeder hat nach wie vor die Freiheit, als Arbeitgeber die ihm notwendigen Arbeitskräfte und als Arbeitnehmer die für ihn in Betracht kommende Stelle zu suchen, wo und wie er will.

Die Vorgänge in Clausthal und der „Schutz der Republik".

Von besonderer Seite.

Der Reichsjustizminister Dr. Radbruch hat bei der Beratung der Schutzgesetze im Reichstag feierlich erklärt, daß sie gleichmäßig gegen alle Feinde der verfassungsmäßigen Staatsform angewandt werden sollen. Nichtsdestoweniger ist von dieser gleichmäßigen Anwendung nichts zu spüren. In Clausthal haben sich Kommunisten am 23. Juli schwere Ausschreitungen zu Schulden kommen lassen. Dabei war die ganze Veranstaltung darauf berechnet, Zusammenstöße mit der Studentenschaft in Clausthal herbeizuführen.

In Clausthal gibt es so gut wie gar keine Kommunisten, weshalb die Genossen aus dem ganzen Harz- und Wesergebiet herbeigerufen wurden, sogar aus Hannover, Braunschweig und Magdeburg. Angeblich sollte ein kommunistischer Jugendtag gefeiert werden, in Wirklichkeit war es darauf abgesehen, einen richtigen Putsch zu veranstalten. Die sogenannten kommunistischen Jugendtage sind an sich eine Verhöhnung der verfassungsmäßigen Staatsform. Rote Banner und Sowjetsterne werden mitgeführt, die an sich schon eine Fehdeansage sind, da es ja das ausgesprochene Ziel der Kommunisten ist, den Staat zu zerschlagen, um dafür die Räterepublik nach russischem Muster auszurufen.

Ehe es dazu kommt, werden die Kommunisten gründlich aufräumen, gerade so, wie sie es in Rußland getan haben. Wie kommt es, daß die Behörden die kommunistischen Veranstaltungen ruhig gewähren lassen? Es genügt, auf den neuen Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands zu verweisen, in dem schärfster Klassenkampf und Diktatur des Proletariats gefordert wird.

Hier steht der Feind, ein Feind, der überdies bis an die Zähne gerüstet ist. Wie kommt es, daß gerade Mitteldeutschland der Schauplatz so wüster Ausschreitungen ist, wie sie Clausthal über sich ergehen lassen mußte? Die Studenten, die das herausfordernde Herumtragen roter Fahnen tadelten, waren im Recht. Daß sie dafür von dem Pöbel angegriffen wurden, zeigt, daß die Kommunisten auf die Schutzgesetze pfeifen.

Aus dem Polizeibericht geht hervor, daß die Kommunisten die Angreifer waren, was den „Vorwärts" indessen nicht abhält, seine Genugtuung darüber zu äußern, daß der Student, der in der Notwehr von der Waffe Gebrauch machte, von den ortsfremden Kommunisten gelyncht wurde. Wer sind die Hetzer und Treiber bei diesen kommunistischen Putschen? Offenbar bolschewistische Agenten, die sich geschickt zu verteilen wissen, aber sich schleunigst aus dem Staube machen, sobald die Blutsaat aufgeht.

In Wien sind bei einem kommunistischen Putsch Söhne des Sowjetgesandten als Rädelsführer aufgegriffen und verhaftet worden. Hätte in Clausthal die Polizei ebenfalls und sofort Verhaftungen vorgenommen, wären sicher auch sowjetrussischen Aufwiegler hängen geblieben. Es ist noch nichts davon bekannt, daß der Pöbel, der fremde Häuser stürmte und ausplünderte, wegen schweren Landfriedensbruch verfolgt wird.

Das trägt nicht zur Beruhigung bei, was doch eigentlich der Zweck der Schutzgesetze sein soll. Es ist deshalb Pflicht, nachdrücklich das Verbot aller kommunistischen Veranstaltungen zu fordern, weil sie planmäßige Versuche sind, die öffentliche Ordnung zu stören. Ebenso ist das Herumtragen der roten Fahne und des Sowjetsternes zu verbieten.

Die „große Seemacht" Polen.

Von unserem Danziger Mitarbeiter.

Von Polen ist uns bislang wahrhaftig nichts Gutes gekommen. Doch hin und wieder sorgt dieser sonderbare Jungstaat durch eine unfreiwillige Komik von fabelhafter Durchschlagskraft wenigstens dafür, daß verständige Menschen das Lachen nicht ganz und gar verlernen. Zu den wunderlichsten Ambitionen polnische: Großmannssucht gehört namentlich die Meinung, daß Polen es in jeder Weise und mit allen Mitteln dahin bringen müsse, wie jede richtig gehende Großmacht zu einflußreicher und achtunggebietender Seegeltung zu gelangen.

Um dieses hochgesteckten, aber doch ein wenig putzig anmutenden Zieles willen mußte Polen schon vor mehr als zwei Jahren „der freie Zugang zum Meere durch Abtretung eines Streifens an der früher westpreußischen Küste mit den Häfen Putzig und Gdingen sowie durch die Einräumung gewisser wirtschaftlicher Konzessionen in der Freien Stadt Danzig gewährt werden. Und dann trat Polen auch gleich mit dem verblüffend kühnen Anspruch auf den Plan, daß es unter solchen Umständen selbstverständlich über eine — Kriegsmarine verfügen müsse! Man vergesse dabei nicht, es handelt sich um einen Staat, der einen Lloyd George bezweifeln ließ, ob dieses künstliche Gebilde von Entente Gnaden in dreißig Jahren überhaupt noch bestehen werde, um einen Staat, dessen andauernde ungeheure Finanznot noch ständig wächst und sicher niemals zu beseitigen sein wird, um einen Staat, dem es bei einer lächerlich kurzen Küstenstrecke völlig an seemännischer Bevölkerung mangelt.

Da steht man einem derartig albernen Größenwahn gegenüber, daß er geradezu ins erschütternd Groteske umschlägt Aber tatsächlich gibt es, trotz der hoffnungslos verfahrenen Finanzlage Polens schon heute eine polnische „Kriegsmarine". Sie setzt sich zusammen aus zwei Kanonenbooten, vier Minenräumbooten, sechs ehemaligen deutschen Torpedobooten, die in England repariert wurden, einem Vermessungsschiff und einigen Flußkanonenbooten auf der Weichsel. Und nicht weniger als 5 Admirale, 248 Marineoffiziere und etwa 2000 Mann bilden das überaus stattliche Personal dieser maritimen Streitkräfte.

Kopfschüttelnd fragt man sich, was denn dem gewohnheitsmäßig am Rande des finanziellen Zusammenbruchs stehenden Polen ein derartig kostspieliges Spielzeug eigentlich nützen soll. Von polnischer Seite sucht man die Notwendigkeit dieser köstlichen Kriegsmarine zu beweisen, indem man von dem angeblich unentbehrlichen Schutz der polnischen Handelsmarine faselt. Das mag im ersten Augenblick für jemanden, der mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht vertraut ist, vielleicht nicht so ganz und gar unsinnig klingen. Aber wenn er dann erfahren muß, daß die sogenannte Handelsflotte Polens, zu deren Schutz dem ulkigen Gernegroß eine polnische Kriegsmarine unbedingt erforderlich scheint, aus drei oder vier stolzen, wenn auch hochbetagten Kähnen besteht, dann wird er ohne Frage in ein schallendes Gelächter ausbrechen. Es will eben trotz aller großen Worte mit der großen Seemacht Polens nicht so recht klecken.

Verschiedene im Laufe der beiden letzten Jahre gegründete selbständige Schiffahrtsgesellschaften sind alsbald ruhmlos pleite gegangen, und ihre Schiffe wurden in aller Stille verkauft, soweit sie nicht zur Deckung der aufgelaufenen Schulden der Pfändung verfielen. Aber alles Pech und Mißgeschick auf nautischem Gebiet hält die polnische Presse natürlich nicht ab, immer wieder von der imponierenden Seegeltung des polnischen Adlers zu fabulieren, obwohl doch dieser ausgesprochene Landvogel offenbar an so etwas wie chronischer Seekrankheit leidet.

Voller Stolz läßt sich erst jetzt wieder die „Gazeta Warszawska" aus Memel melden, es sei dort der zwischen Danzig und Amerika unter polnischer Flagge fahrende Dampfer „Polonia" eingetroffen und habe einen besonders großen Eindruck auf die litauische Bevölkerung gemacht. Da in Danzig von der Existenz eines solchen polnischen Schiffes nichts bekannt ist, scheint es sich in Wahrheit um nichts anderes als um einen im Grunde recht kindischen Bluff zu handeln, der Polen freilich ein gutes Stück Geld kosten wird. Doch was tut Polen nicht alles seiner Großmannssucht zuliebe. Neuerdings soll nämlich die polnische Regierung versucht haben mit einer Reederei ein Abkommen abzuschließen, wonach zwei größere dänische Auswandererdampfer gegen Zahlung einer Subvention unter polnischer Flagge nach Newyork verkehren sollen. Und es wäre am Ende nicht ausgeschlossen, daß die polnische „Polonia" in Wirklichkeit ein gegen Subventionsgebühren freundlich maskiertes Schiff ist. Ob solche klägliche Machenschaften den lechzend ersehnten Seeruhm Polens begründen werden, darf billig bezweifelt werden.

General Maistre gestorben.

Aus Paris meldet man: General Maistre, Mitglied des Obersten Kriegsrates, starb in der Nacht von Montag zu Dienstag. Er hat im Kriege den Oberbefehl des 21. Armeekorps in der Marne-, Verdun- und Sommeschlacht geführt.

Branting als „Vermittler".

Nach einem Bericht des Berliner Korrespondenten der „Göteborg Handelstidningen" erklärte Branting in einem Interview mit einem Vertreter des Ere Nouvelle, daß Ebert und Wirth ihn baten, seinen Einfluß bei der französischen Regierung dahin geltend zu machen, daß sie für Deutschlands Zahlungsunfähigkeit Verständnis zeige.

Branting fügte hinzu, Poincare besäße eine genaue Kenntnis der deutschen Zustände. Er zweifle nicht an dem guten Willen der deutschen Regierung, beschuldige sie aber zu großer Schwäche gegenüber der Rechten und wisse genau, daß er alles tun würde, um die liberalen und friedlichen Elemente Deutschlands zu schützen; aber wie solle er auf die Okkupation verzichten, wenn die deutsche Regierung sich zu schwach zeige.

„Aftonbladet", „Stockholms Dagbladet" und „Swenska Dagbladet" greifen Branting wegen dieser neuen Parteinahme für die französische Politik an. Insbesondere soweit sie die Okkupationsfrage betrifft. „Swenska Dagbladet" findet Brantings Rede umso auffallender, als er während des Krieges eine unglaubliche einseitige Empfindlichkeit in Dingen eines vermeintlichen Mangels an Neutralität zeigte.

Soziales Leben.

Die Lohnerhöhung im Kohlenbergbau.

Durch Schiedsspruch im Reichsarbeitsministerium wurde die Lohnerhöhung auf 65 Mark pro Mann und Schicht festgesetzt. Diese Lohnerhöhung bedingt eine Erhöhung der Kohlenpreise um 360 Mark die Tonne. Die Preiserhöhung würde sich in folgender Weise errechnen: Bei einem Fördereinzeleffekt von 0,5 Tonnen macht die reine Lohnerhöhung 140 Mark aus. Einschließlich der Materialsteigerung ergeben sich 250 Mark. Die Kohlensteuer von 40 Proz. erfordert 100 Mark, macht 350 Mark, einschließlich Umsatzsteuer demnach 360 Mark. Die Verhandlungen über die Kohlenpreiserhöhung finden am Donnerstag in einer gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates statt.

Kleine Nachrichten.

Halle, 26. Juli. In Rendau bei Magdeburg erkrankten zwei Familien, die sich selbst im Walde Pilze gesucht hatten, nach dem Genuß derselben. Zwei Kinder starben und das Dienstmädchen der einen Familie. Die anderen Personen befinden sich noch sämtlich in Lebensgefahr.

Wienerneustadt, 26. Juli. Am 25. nachts stieß ein aus Graz kommender Schnellzug vor der Einfahrt in den hiesigen Bahnhof mit einem Güterzug zusammen. 4 Güterwagen und der Dienstwagen des Schnellzuges wurden zertrümmert, der Lokomotivführer des Schnellzuges getötet.

Klagenfurt, 26. Juli. Der in Industriebetrieben ausgebrochene Lohnstreik erfuhr gestern durch die von der Gewerkschaftskommission gegen den Willen der Werksangestellten erzwungene Stilllegung des städtischen Elektrizitätswerkes eine Verschärfung. Infolgedessen mußten auch die übrigen Betriebe, die auf elektrischen Strom angewiesen sind, insbesondere die Straßenbahn, Buchdruckereien und Zeitungsbetriebe den Betrieb einstellen. Abends waren Klagenfurt und Umgebung, darunter auch die Kurorte und Sommerfrischen am Woerthersee, in Finsternis gehüllt.

Königsberg, 26. Juli. Nach einer Meldung der sozialistischen „Königsberger Volkszeitung" wurde auf dem Gute des Landrates von Braun in Erdeunen ein umfangreiches Waffenlager ausgehoben. Es wurden 290 Gewehre, über 500 Seitengewehre und 5000 Schuß Munition, sowie andere Ausrüstungsgegenstände gefunden. Die Waffen waren gut eingefettet und vollkommen gebrauchsfertig. Als Schuldiger soll der Verwalter des Gutes in Frage kommen. Die Waffen sind erst seit wenigen Tagen aus einem anderen Lager nach dem Gute von Brauns gebracht worden.

Paris, 26. Juli. Im Munitionsdepot in Soria explodierte eine Patrone in den Händen eines Arbeiters und rief dadurch eine Feuersbrunst hervor. Drei Personen sind getötet, achtzehn schwer, viele leicht verletzt. Acht Häuser wurden zerstört.

Aus dem Landkreise Bochum.

Laer, 26. Juli. Denkmalweihe. Am 6. August wird in Laer ein Denkmal, welches die Gemeinde ihren im Weltkriege gefallenen Söhnen setzt, eingeweiht. Es erhält seinen Platz im Gemeindepark. Die Vorbereitungsarbeiten für die Feier sind soweit gediehen, daß ein würdiger Einweihungsakt zu erwarten ist. Das Programm sieht u. a. einen Massenchor von 200 Sängern, welcher sich aus den einzelnen Gesangvereinen der Gemeinde zusammensetzt, und durch einige Lieder zur Hebung der Feier beitragen wird, vor. Ebenso dürfte sich auch ein von den Schulkindern gemeinsam gesungenes Lied entsprechend einfügen. — Sonntag, 30. 7. ab wird eine Haussammlung abgehalten, um einen Teil der Kosten, welche durch Errichtung des Denkmals entstehen, zu decken. Alle Sammler sind mit amtlich abgestempelten Listen versehen. Die Gemeindeeingesessenen werden gebeten, den Sammlern, welche sich in dankenswerter Weise in den Dienst der Sache stellen, das Amt nicht zu erschweren und ihr Scherflein, welches einem edlen Zwecke dienen soll, reichlich und gern zu geben. Spenden werden auch bei der Gemeindeverwaltung entgegengenommen.

tt. **Weitmar**, 26. Juli. Die Notopfersammlung für die Anstalten der Inneren Mission Westfalens, die bereits in vielen Gemeinden stattgefunden hat, soll nun auch in Weitmar abgehalten werden. Eine große Anzahl von Männern und Frauen der evangel. Gemeinde hat sich gern und freudig in den Dienst der edlen Sache gestellt. Sie hoffen offene Türen und Hände für die besondere Notlage der Inneren Mission bei allen evangelischen Glaubensgenossen zu finden, wenn sie die Opfergaben einsammeln werden.

Aus der Nachbarschaft.

* **Wattenscheid**, 26. Juli. Ein Krawall. An der Kirche kam es hier zu einem großen Auflauf. Ein betrunkener Bergmann namens Edler skandalierte in einem Zigarrenladen, worauf ein Beamter der Schupo ihn zur Vernunft bringen wollte. Der Betrunkene widersetzte sich aber dem Beamten und griff ihn tätlich an, so daß dieser zur Hiebwaffe greifen mußte. Der Angreifer erhielt dabei einen Hieb über den Kopf, der seine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machte. Während dieser Vorgänge hatte die etwa 100—150 Köpfe zählende Volksmenge gegen den Beamten und seine Kameraden, die ihm zu Hilfe gekommen waren, eine drohende Haltung eingenommen, worauf von einem Zuschauer das Hilfskommando der Polizeiwache alarmiert wurde.

Steffani Drehsa.

Roman von **Alexandra v. Bosse.**

7) (Nachdruck verboten)

„Mammi," sagte er flüsternd, „Papa hat gesagt, zu meinem Geburtstag bekomme ich ein lebendiges kleines Pferdchen. Wann ist mein Geburtstag, Mammi?"

„Am fünfundzwanzigsten September, Peterchen; das weißt du doch."

„Ja — aber Mammi, wann ist der fünfundzwanzigste September?"

„Im Herbst."

„Und wann ist Herbst, Mammi?"

„Wenn der Sommer vorüber ist und die Blätter gelb werden."

Peterchen sah zu dem grünen Dach der dichtbelaubten Hängeesche auf und dann seiner Mutter ins Gesicht.

„Noch ganz grün," meinte er bedauernd; dann lachte er vergnügt und rief staunend: „Aber Mammi, deine Augen sind so grün wie die Blätter, werden deine Augen im Herbst auch gelb, Mammi?"

Steffani lachte; sie wußte, daß ihre Augen die Eigentümlichkeit besaßen, die Farbe ihrer Umgebung anzunehmen, unter Bäumen grün, unter blauem Himmel blau und in geschlossenem Raum dunkel zu erscheinen.

„Vielleicht," sagte sie, „aber ich kann ja meine Augen selbst nicht sehen, Peterchen." Und sie strich ihm liebkosend übers Haar. Die Gedanken des Knaben wurden abgelenkt, er horchte auf, und dann sagte er plötzlich:: „Glaube — Papa kommt!"

Gerade hörte auch Steffani das Knirschen von Rädern über den Kies der Auffahrt, die man von ihrem Platz jedoch nicht übersehen konnte, und sie erhob sich, Rüdiger entgegenzugehen. Sie wunderte sich, daß er jetzt schon kam, da um diese Zeit ein Zug aus Rödenau nicht fällig war und er sich den Wagen erst für den Abend bestellt hatte. Und er war es auch nicht; denn ehe sie noch die Veranda erreicht hatte, kam Ali, Rüdigers persischer Diener, ihr entgegen und meldete Herrn von der Treben. Fast im gleichen Augenblick trat der Angekündigte aus dem Gartensaal auf die Veranda. Es war das erste Mal, daß er sie in Dohneck besuchen kam, denn seit dem Frühjahr hatte ihn ein Kommando in Berlin festgehalten, und sie freute sich sehr, ihn wiederzusehen.

Er sah sie in ihrem weißen Kleid in der hellen Sonne herankommen und blieb bei ihrem Anblick überrascht stehen. Er hatte ganz vergessen, wie schön sie war. Auf dem breiten Kiesplatz vor der Veranda trafen sie zusammen; er beugte seinen dunklen Kopf über ihre Hand und küßte verehrend ihre Fingerspitzen.

„Ach, endlich sieht man dich einmal hier," sagte sie heiter.

„Ja, endlich darf ich dich in deinem neuen Heim begrüßen!"

„Und wie war es in Berlin?"

„Langweilig!"

„Langweilig in Berlin? Dort unterhält man sich doch!"

„Natürlich tut man das, aber — Steffani ich sehnte mich die ganze Zeit nach dir!"

Sie lachte leise und fröhlich auf.

„Wirklich? Ach, wie du schwindelst! Ich bin überzeugt, du hast dort nicht eine Minute Zeit gefunden . . ."

„Ehrenwort!" unterbrach er sie in knabenhaftem Ton. „Ich versichere dir, daß ich wütend über das sonst so angenehme Kommando war, weil es mich dir fernhielt."

„Du Aermster! Und jetzt kommen bald die Manöver, die werden dich für einige Wochen wieder in die Ferne entführen."

„Es ist ein wahrer Segen, daß ich im Herbst mein eigener Herr werde."

Sie waren während dieses Geplauders an die Veranda gekommen, wo Ali mit auffallend ernstem Gesicht sich am Teetisch beschäftigte, die Flamme unter dem Kessel entzündete und sich dann lautlos entfernte.

„Warum nimmst du eigentlich schon im Herbst Abschied, Ottokarl?" fragte Steffani, indes sie sich mit der Teekanne zu schaffen machte. „Im Winter bist du doch in Mellin nicht nötig?"

„Der Winterdienst ist nicht gerade schön, um den drücke ich mich gern."

„Schäme dich! Willst du den ganzen Winter verbummeln?"

„Du verkennst mich. Ich werde mich in die Einsamkeit von Mellin setzen, um theoretische landwirtliche Studien zu treiben."

„Wie brav!"

„Aber ich hoffe, daß du wenigstens einen Teil des Winters in Dohneck verbringen, und dem einsamen Nachbar gestatten wirst, zuweilen seine Füße an deinem gastlichen Herd zu wärmen."

„Wie poetisch ausgedrückt!" Ihre Augen blitzten ihn schelmisch an. „Lernt man das in Berlin?"

„Nein, hier," erwiderte er sehr ernst. „Hier ist heute alles voll Poesie. Ich kannte den früheren Besitzer und war oft bei ihm zu Gast, aber nie ist Dohneck so schön gewesen wie heute."

„Heute ist ja auch ein wunderschöner Sommertag," unterbrach sie nach einer kleinen Pause; sie füllte eine Tasse mit Tee und reichte sie ihm. Es schien, als seien ihr die heißen Blicke entgangen, die seine Worte begleiteten.

Sobald Ottokarl Treben bei ihr war, fühlte Steffani sich in ihre Mädchenzeit versetzt. Sie fand ihm gegenüber den alten kameradschaftlichen Ton wieder und wünschte ihn beizubehalten. Treben durfte ihr sagen, daß er verliebt in sie sei und, fern von ihr, sich nach ihr sehne, doch mußte es in scherzendem Tone geschehen, nur gefühlsüberschwenglich durfte er nicht werden. Sie war ihm sehr, sehr gut, aber viel zu stolz, auf eine Liebelei mit ihm einzugehen.

Sie bot ihm Gebäck an und sagte, auf seine frühere Bemerkung zurückkommend: „Es ist möglich, daß wir wenigstens bis Weihnachten in Dohneck bleiben; da Rüdiger Zentralheizung einrichten ließ, wird das Haus sich gut heizen, und die Kinder werden wohl den ganzen Winter draußen bleiben."

„Ich werde willkommen sein in Dohneck?" fragte er.

„Ja, natürlich, wir werden sogar abends auf dich rechnen. Rüdiger spielt sehr gern Skat, und ich bitte dich schon heute als dritten Mann."

„Skat? Das ist doch nicht mehr Mode."

„Ich weiß? aber Rüdiger zieht es anderen Spielen vor, und ich habe es mühsam gelernt um seinetwillen."

Treben ärgerte es, daß sie nun schon zum dritten Male ihren Mann erwähnte, als wollte sie ihn auffällig an ihn erinnern, und er schwieg verstimmt. Dann fiel sein Blick auf ihre schlanken Hände, die leicht gefaltet auf der bunten Tischdecke ruhten, und er bemerkte am Ringfinger ihrer Linken einen seltsam geformten Ring, daran ein prachtvoller Rubin funkelte.

„Den Ring da sah ich noch nicht an deiner Hand," sagte er.

„Welchen? Ach, den mit dem Rubin; aber ich trage ihn ja immer," sagte sie und hob die Hand, selbst den Ring zu betrachten, während sie erklärte: „Der Ring ist ein Talisman; ihn schenkte mir ein alter indischer Radscha und sagte mir, daß ich Glück haben würde, solange ich ihn trüge."

„Bist du abergläubisch?"

„Vielleicht. — Ein bißchen muß man es wohl sein, und es ist so schön, zu glauben, daß einem das Glück gewiß ist."

„Bestehendes Glück oder eines, das man noch erhofft?" fragte er leise.

Sie hob leicht die Schultern; dann antwortete sie nachdenklich: „Vielleicht liegt gerade im Hoffen das Glück!"

Sie schwiegen beide einige Zeit; dann bat Treben, den Ring genauer ansehen zu dürfen. Steffani versuchte ihn abzustreifen, und als ihr das nicht gelang, weil ihre Hand warm war, hielt sie Treben die Hand über den Tisch hinüber. Er ergriff sie an den Fingerspitzen und beugte den Kopf herab, das Kleinod aufmerksam zu betrachten. Es war eine goldene Schlange, die sich in den Schwanz beißt, und in ihrem Kopf war der Rubin angebracht, der wie ein Tropfen Blut glühte.

„Wundervolle Arbeit!" murmelte Treben, aber seine Augen ruhten nicht auf dem Ring, sondern auf der weißen, schimmernden Haut; dunkle Röte überflammte ihr Gesicht. Aber sie kam nicht dazu, ihm ein scharf verweisendes Wort zu sagen, denn im gleichen Augenblick klirrte die Glastüre, die von der Veranda in den Gartensaal führte, und Rüdiger trat heraus.

„Ah — du hast Besuch?" sagte er.

Treben sprang erschrocken auf, aber er faßte sich sogleich und trat mit unbefangener Miene auf Drehsa zu.

„Mein erster Besuch, nachdem ich von Berlin zurückgekehrt, galt natürlich Dohneck!" sagte er herter und schüttelte dem Mann die Hand, den er haßte, weil er Steffanis Gatte war.

(Fortsetzung folgt.)

nando der Gelsenkirchener Schupo telephonisch herbeigerufen wurde. Als es nach kurzer Zeit am Tatort eintraf, hatten aber die Beamten der Wattenscheider Schupowache sich schon der Menge erwehren können, so daß das Hilfskommando nicht mehr einzugreifen, sondern nur noch die Straße zu säubern brauchte.

Aus den Provinzen.

TBO. **Schwerte**, 26. Juli. Kommunistische Gewalttat. In Hennen drang ein Trupp von 40 Kommunisten aus Lichtendorf bei Schwerte in das Festzelt, in dem das Sängerbundesfest gefeiert wurde. Sie feuerten aus mitgebrachten Revolvern Schüsse ab, sodaß die Festteilnehmer ihr Heil in der Flucht suchen mußten. Die Polizei war machtlos, da die Kerle drohten, die Beamten über den Haufen zu schießen. Im Orte selbst setzten dann noch einige Trupps der Bande ihre Schießereien fort.

TBO. **Bielefeld**, 26. Juli. Die Not der Zeitungen. Die hier erscheinende Zentrumszeitung „Der Turm" ist durch die Schwierigkeiten, unter denen die Presse leidet, gezwungen, am 1. August ihr Erscheinen als Tageszeitung einzustellen. Sie wird fortan als Wochenzeitschrift herauskommen.

* **Düsseldorf**, 26. Juli. Ein Bubenstück im Hofgarten. In der vergangenen Nacht ist ein schändliches Bubenstück im Hofgarten verübt worden. Bisher noch nicht bekannte Täter sind über die Einfriedigung des Kinderbrunnens am Annasberg gestiegen und haben von der Figur des einen Kindes einen Fuß abgebrochen. Das abgebrochene Stück konnte bisher trotz eifriger Nachforschung nicht aufgefunden werden. Der Oberbürgermeister sichert eine Belohnung von 5000 Mk. dem zu, der die nötigen Handhaben dafür bietet, daß die Täter strafrechtlich verfolgt werden können. Das Denkmal ist schon einmal im Winter 1905, kurz nach seiner Aufstellung, in ähnlicher Weise beschädigt worden. Damals wurden durch Steinwürfe zwei Füße und eine Hand der Kinderfiguren abgeschlagen. Die Täter sind damals nicht ermittelt worden.

Gerichtszeitung.

Großzügige Eisenbahnräubereien.

s. **Duisburg**, 26. Juli. Die Kriminalpolizei ist Eisenbahnräubereien großzügiger Art auf die Spur gekommen, die auf den rheinischen Eisenbahnen planmäßig verübt worden sind. Die Räuber beraubten geraume Zeit hindurch die Züge im besetzten linksrheinischen Gebiet, namentlich auf den Strecken Neuß-Köln und Neuß-Krefeld. Sie hatten es dabei auf die in den Gepäckwagen mitgeführten Stückgüter abgesehen. Die Raubgesellen, die zum Teil mit Revolvern bewaffnet waren, zum Teil sogar in Eisenbahneruniform bekleidet waren, bestiegen auf bestimmten Stationen die Züge, schlichen sich an den Wagen entlang und erbrachen den Gepäckwagen. An vorher verabredeten Stellen warfen sie die geraubten Güter, vor allen Dingen Kleiderstoffe, Lebens- und Genußmittel von den Zügen. Helfershelfer waren dann zur Stelle und schafften die Beute fort. Die Räuber suchten sich stets die wertvollsten Güter aus, die sie dann an Hehler weiterverkauften. Eine Reihe von den Eisenbahnräubern sitzt bereits hinter Schloß und Riegel. Die Untersuchung gestaltet sich außerordentlich umfangreich und schwierig. Wie es heißt, sollen über 100 Personen in die Diebstähle verwickelt sein. Ueber 30 Hehler und Helfershelfer sind bereits verhaftet worden. Der große Umfang der Eisenbahnräubereien läßt sich zurzeit noch gar nicht absehen. Es steht zu erwarten, daß noch eine ganze Anzahl von Beteiligten in Haft gewommen werden wird.

Eingesandt.

Für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Artikel trägt die Schriftleitung nur die pressegesetzliche Verantwortung)

Und noch einmal die Bierpreis-Erhöhung.

Der Brauereiverband hat, wie eine Zuschrift an die hiesigen Zeitungen beweist, auf die Stellungnahme der Bochumer Wirte zu der neuen Bierpreiserhöhung überraschend schnell eine Antwort zu finden gewußt. Die Auffassung des Brauereiverbandes kann nicht unwidersprochen bleiben, soll nicht letzten Endes die Schuld an der unabweisbaren Erhöhung der Bierpreise auf den Wirten hängen bleiben.

Die besonnenen Wirte sind mit dem Brauereiverband unbedingt darin einig, daß eine Bierpreiserhöhung angesichts der täglich steigenden Teuerung kommen mußte. Sie sehen auch ein, daß die Brauereien unter dem Druck der Verhältnisse und der Steigerung aller Bedarfspreise die neue Erhöhung nicht in dem Rahmen der früheren Erhöhungen halten konnte, sondern weit darüber hinausgehen mußten. Die Wirte aber hätten ihrerseits gern gesehen, wenn die Vertreter des Brauereiverbandes sich mit den Vertretern des Wirtevereins über die Festlegung des neuen Bierpreises unterhalten hätten. Wenn der Brauereiverband in seiner Zuschrift an die Zeitungen betont, daß die Sucht vieler Wirte, vor den neuen Bierpreiserhöhungen Bier zu hamstern, ihn veranlaßt habe, von Verhandlungen mit den Wirten Abstand zu nehmen, so trifft dies die tatsächlichen Vorgänge doch nicht ganz. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß der Brauereiverband zu Anfang dieses Jahres mit den Wirteorganisationen ein Abkommen traf, das bis Ende März Gültigkeit haben sollte. Der Brauereiverband aber kam bereits vier Wochen vor Ablauf des Vertrages mit einer neuen Preiserhöhung, auf die die Wirte sich unter Berufung auf den für beide Teile geltenden Vertrag nicht einließen. Von diesem Augenblicke an lehnte der Brauereiverband Verhandlungen mit den Wirten ab und setzte seinerseits die neuen Bierpreise von sich aus fest.

Nach wie vor aber steht die Westfälische Zone des Gastwirtsgewerbes auf dem Standpunkt, daß Brauereiverband und Wirteorganisationen zusammenarbeiten müssen, um einig zu sein in der Frage der Bierpreiserhöhung. Und zweifellos wird ein einiges Zusammenarbeiten der beiden Interessenten ihnen beiden Erfolg bringen. Kein besonnener Wirt wird „Bier hamstern", wenn die Organisationen gemeinsam sich über die neuen Preise schlüssig geworden sind. Die „Hamster" sind in den weitaus meisten Fällen identisch mit jenen Wirten, die das Bier zu einem billigeren Preis abgeben, als er vom Wirteverein festgesetzt worden ist. Wenn Brauereiverband und Wirteorganisation dahin wirken, daß die Außenseiter in den Reihen der Wirte vom Bierbezug ausgeschaltet werden, so daß ihnen das Bierverschleudern nicht mehr möglich ist, dann haben auch beide Vertretungen ein leichteres Arbeiten und finden sofort den Boden der Verständigung. Die Wirte haben den weitaus größten Schaden bei einer Bier[illegible] zu tragen. Sie stehen im unmittelbaren Verkehr mit dem Publikum, und wenn der Bierpreis in die Höhe schnellt, sind sie es, die der Kundschaft die Gründe dafür klarlegen müssen. Wenn nun, wie im gegenwärtigen Fall, von Brauereiseite nach den Verbraucherorganisationen gefragt wird, die sich mit den Wirteorganisationen über den Preis beraten haben, so mag gesagt sein, daß die Wirte immer nur in Berücksichtigung der Verbraucherinteressen vorgehen können. Unangenehm genug ist es dann für sie, wenn Brauereiverband und Wirteorganisationen, die doch an einer zahlungsfähigen Kundschaft ein gleiches Interesse haben, sich öffentlich über die Bierpreiserhöhung streiten. Im beiderseitigen Interesse liegt es daher, wenn die Frage der Arbeitsgemeinschaft recht bald wieder aufgerollt wird und Brauereiverband und Wirteorganisation sich auf einer mittleren Linie der Verständigung finden. Dann wird sich nicht nur jede Preiserhöhung reibungsloser durchführen lassen, auch die Bedienung aller Wirte durch die Brauereien vollzieht sich dann einträchtiger, was allen Interessenten, Kundschaft, Wirte und Brauereien in gleichem Maße zugute kommt.

Es darf mithin die Erwartung ausgesprochen werden, daß die von den Wirten angestrebte Arbeitsgemeinschaft mit den Brauereien im Interesse des gesamten Gewerbes recht bald zustande kommt.

Ein Mitglied des Wirtevereins.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Ungültigkeitserklärung der bayerischen Sonder-Verordnung durch das Reichskabinett.

D. **Berlin**, 26. Juli. Heute nachmittag fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Kabinettssitzung statt, die sich mit der durch die Weigerung der bayerischen Regierung, das Reichsgesetz zum Schutze der Republik durchzuführen, geschaffenen Lage beschäftigte. Als Ergebnis veröffentlicht die Reichsregierung folgende Erklärung:

Die bayerische Regierung hat durch die Weigerung, das am 23. Juni 1922 verkündete Reichsgesetz zum Schutz der Republik innerhalb des rechtsrheinischen bayerischen Staatsgebiets durchzuführen und durch den Erlaß einer landesrechtlichen Verordnung, die das Reichsgesetz ersetzen soll, einen folgenschweren Schritt getan. Das erste Mal seit der Gründung des Reichs ist damit der Zustand eingetreten, daß eine Landesregierung einem verfassungsmäßig zustandegekommenen Reichsgesetz für ihr Gebiet die Geltung verweigert.

Nach der einstimmigen Auffassung der Reichsregierung ist die Verordnung der bayerischen Regierung verfassungswidrig und ungültig. Kein Satz der Reichsverfassung gibt einem Lande das Recht, das Inkrafttreten eines Reichsgesetzes deshalb zu verhindern, weil es bei einem Teil der Bevölkerung auf Widerspruch stößt. Würde man den Ländern diese Befugnis zugestehen, so würde dies das Ende der deutschen Reichseinheit bedeuten.

Das Reichsgesetz zum Schutz der Republik ist vom Reichsrat als dem Träger der föderativen Gestaltung des Reichs mit mehr als 2/3-Mehrheit angenommen worden; für das Gesetz haben im Reichsrat alle Landesregierungen mit Ausnahme Bayerns gestimmt. Im Reichstag ist das Gesetz gleichfalls mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen worden; nicht nur das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Deutsch-Demokraten sondern auch in ihrer großen Mehrheit die Deutsche Volkspartei haben im Reichstag dem Gesetz zugestimmt. Die bayerische Regierung hat in beiden Körperschaften ausgiebig Gelegenheit gehabt, ihre Bedenken auf verfassungsmäßigem Wege zur Geltung zu bringen, und einer ganzen Reihe ihrer Wünsche ist bei der Verabschiedung des Gesetzes Rechnung getragen worden. Es darf nicht davon gesprochen werden, daß das Gesetz zum Schutz der Republik die in der Verfassung begründeten Grundsätze wahrer Demokratie nicht besitze und den Tendenzen zur Errichtung einer Klassenherrschaft und eines sozialistischen Einheitsstaates entgegenkomme. Dieser Vorwurf muß um so nachdrücklicher zurückgewiesen werden, als er sich nicht nur gegen die Reichsregierung und gegen der Verantwortung für das Reich und die Verfassung bewußte große Parteien, sondern auch gegen die Regierungen aller anderen deutschen Länder richtet.

Es ist nicht angängig, daß ein einzelnes Land sich dem verfassungsmäßig erklärten Mehrheitswillen des deutschen Volkes entzieht. Unser schwergeprüftes Vaterland, das soeben erst heftige Erschütterungen zu überwinden beginnt, ist durch den Schritt der bayerischen Regierung neuen Wirren und Gefahren ausgesetzt. Die Reichsregierung bedauert dies umsomehr, als die außenpolitische Lage des Reichs gerade gegenwärtig ein einmütiges Zusammenstehen von Reich und Ländern zur Pflicht macht. Aufgabe der Reichsregierung ist es, die Rechtseinheit wiederherzustellen.

Die bayerische Regierung hat durch den Mund ihres Ministerpräsidenten ein klares und festes Bekenntnis zum Reich und zur verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform abgelegt. Sie hat mit besonderer Betonung alle Besorgnisse, die in der von ihr getroffenen Maßnahme eine Abkehr von der alle Zeit eingehaltenen Reichstreue erblicken wollen, als völlig fehlgehend bezeichnet. **Auf Grund dieses Bekenntnisses erwartet die Reichsregierung, daß die bayerische Regierung sich den Forderungen nicht entziehen wird, welche die Reichsregierung im Interesse der Einheit des Reichs zu stellen genötigt sein wird.**

Beschlüsse des Ueberwachungs-Ausschusses.

w. **Berlin**, 26. Juli. Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages behandelte heute

die neue Besoldungserhöhung.

Nachdem ein Vertreter des Finanzministeriums über die Ergebnisse der Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen, mit denen sich auch der Ausschuß des Reichsrats einverstanden erklärt hat, berichtet hatte, stimmte der Ausschuß der Vorlage zu. Ferner stimmte er einer

Erhöhung der Bezüge des Reichspräsidenten

auf 1 400 000 Mk. im Juni, 1 600 000 Mk. im Juli, 1 800 000 Mk. im August zu. Weiter wurde einem Antrag auf Kreditbeihilfe des Reichs an die

Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft

zugestimmt. Staatssekretär Stumpf begründete diese Beihilfe, die ein unverzinsliches Darlehen von 115 Millionen Mark als Betriebskapital zur Errichtung und zum Ausbau der deutschen Studenten-Speiseeinrichtungen sowie einen weiteren Betrag von 30 Millionen Mark zur Darlehnskasse der Studentenschaft vorsieht.

Der Fall Leoprechting im bayerischen Landtage.

w. **München**, 26. Juli. Im bayerischen Landtag kamen heute die Interpellationen der Bayerischen Volkspartei und der Bayerischen Mittelpartei betr.

Feststellung im Leoprechting-Prozeß

zur Behandlung. Die Verhandlungen waren teilweise recht stürmisch. In Beantwortung der Interpellationen erklärte Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, was den

Fall des französischen Gesandten

betreffe, so spreche die völkerrechtliche Uebung dagegen, die Person des Gesandten in die Debatte zu ziehen. Richtig sei, daß die französische Regierung sowohl in Berlin wie auch in München wegen des Verfahrens im Leoprechting-Prozeß vorstellig geworden sei. Was

die Tätigkeit Leoprechtings gegenüber einzelnen Stellen des Reichs

betreffe, so gewann das Gericht die Ueberzeugung, daß es Leoprechting in weitgehendem Maße gelungen sei, das Vertrauen einzelner Beamten und Berichterstatter in Berlin zu gewinnen. Wie weit dies beim Grafen Zech gelang, bezeichnet das Gericht als seiner Beurteilung entzogen. Es stellte ferner fest, daß Leoprechting von den Reichsstellen, zu denen er in Beziehungen trat, Nachrichten erhielt, deren Kenntnis für Frankreich von Bedeutung waren. In einem Fall liege der Nachweis vor, daß er die Denkschrift über Oberschlesien alsbald an Frankreich weitergab. Mit Bezug auf die Reichsregierung als solche brachte das Gericht die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß der Reichskanzler und die sonstigen Spitzen der Berliner Behörden sich mit der Person des Angeklagten überhaupt nicht befaßten. Die Ergebnisse des Prozesses ließen keinen Zweifel darüber, daß einflußreiche Beamte der Reichspressestelle und des preußischen Staatskommissariats sich Leoprechtings bedienten, um geheime Nachrichten über die politischen Verhältnisse in Bayern zu erhalten. Im Ergebnis laufe ein solches Verfahren auf die politische Ueberwachung Bayerns hinaus. Derartige Zustände seien im Interesse Bayerns und des Reiches aufs tiefste zu beklagen und mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die Regierung leitete deshalb schon Anfang März energische Schritte bei der Reichsregierung und der preußischen Regierung ein. Im Dezember 1921 wurden die Beziehungen des Staatskommissariats zu Leoprechting abgebrochen, weil sich die Berichte als in hohem Grade unzuverlässig erwiesen. Die preußische Regierung erklärte damals offiziell, daß alle dem preußischen Minister des Innern unterstellten Dienstbehörden die strikte Weisung erhalten, sich jeder Einmischung in die Verhältnisse eines anderen Landes fernzuhalten. In der Folgezeit wurden der bayerischen Regierung wiederholt von amtlichen Berliner Stellen

Berichte über Bayerns politische Verhältnisse

übermittelt, die sich durchgehend als tendenziös entstellt, wenn nicht gar als erfunden erwiesen. Die bayerische Regierung ersuchte den Reichsminister des Innern, ihr stets den Namen des Verfassers der Berichte mitzuteilen. Der Reichsminister des Innern sicherte das auch zu. In der letzten Zeit gingen der bayerischen Regierung übrigens solche Berichte nicht mehr zu. Anfang Juli 1922 wurde in München ein Privatagent festgestellt, der auf Veranlassung eines Beamten des Berliner Polizeipräsidiums in der Untersuchungssache gegen die Mörder Rathenaus tätig war. Außerdem wurde bekannt, daß der Vertreter des Oberreichsanwalts mit einer Anzahl

Berliner Kriminalbeamten in München

weilte. Es mußte befremden, daß der Oberreichsanwalt nicht irgendeiner Münchener Behörde Mitteilung machte und entgegen den bestehenden Vorschriften außerbayerische Beamte mit nach München brachte. Die bayerische Regierung beauftragte die Gesandtschaft in Berlin, in den neuerlich festgestellten Fällen des selbständigen Vorgehens auswärtiger Polizeibeamter die nötigen Aufklärungen zu verlangen und den Standpunkt der Regierung nachdrücklichst zu vertreten. Das Ministerium des Innern ordnet an, daß jede unzulässige Tätigkeit von Polizeipersonen auf bayerischem Gebiet wenn nötig durch Festnahme abgestellt und jeder hier betroffene Spitzel verhaftet wird. Weiter teilte der Ministerpräsident mit, daß die offizielle Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Schreiben der bayerischen Staatsregierung

auf Abberufung des Grafen Zech

noch nicht erfolgte. Der bayerischen Regierung wurde dieser Schritt unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht leicht. Wenn auch die politischen Vorgänge dazu führten, daß für Zech die Voraussetzungen für eine ersprießliche Tätigkeit in München als nicht mehr vorliegend erachtet werden können, müsse er doch betonen, daß nicht der geringste Grund vorliege, die persönliche Ehrenhaftigkeit Zechs irgendwie in Zweifel zu ziehen.

Ueber die Auswirkungen des Treibens Leoprechtings

bemerkte der Ministerpräsident noch, es lägen keinerlei Anhaltspunkte vor, ob und inwieweit sich die Reichsregierung mit den Berichten Leoprechtings befaßte und sich etwa bei der Gestaltung ihres Verhältnisses zu Bayern beeinflussen ließ. Es stehe leider fest, daß trotz ihrer Unwahrscheinlichkeit und Ungeheuerlichkeit die Berichte Leoprechtings keinen Hinderungsgrund dagegen bilden, daß da und dort solchen Berichten Glauben geschenkt und ihnen Bedeutung beigemessen wird. Man kann sich nur schwer von dem Gedanken freimachen, daß in Deutschland nicht nur Leoprechting, sondern viele solcher Gestalten es gebe, die das Verhältnis des Reiches zu Bayern zu vergiften suchen. Sollte das Wirken solcher Schädlinge unschädlich gemacht werden und das Vertrauen wiederkehren, dann dürfte es nicht mehr vorkommen, daß die Berliner Stellen sich hinter dem Rücken der bayerischen Regierung von bezahlten oder unbezahlten Agenten geheime politische Nachrichten aus Bayern übermitteln lassen, dann müßten die Berichte, die in Berlin über die bayerischen Verhältnisse eingehen, in voller Offenheit der bayerischen Regierung zugänglich gemacht werden. (Lebhafter Beifall rechts.) In der anschließenden Interpellationsdebatte beschuldigte Ackermann (Soz.) die Interpellanten und insbesondere den Grafen Pestalozza, daß sie den Leoprechting-Prozeß in gehässiger Weise gegen die Reichsregierung ausnutzen. Graf Lerchenfeld habe selbst zugeben müssen, daß das Urteil gegen Leoprechting über die Beziehungen zwischen diesem und den Reichsstellen nichts feststellte. Es sei Tatsache, daß das Urteil des Gerichts keinen Anhaltspunkt dafür ergab, daß der Reichskanzler irgendwie dem Angeklagten ein geneigtes Ohr schenkte. Die gestrigen Erklärungen des Ministerpräsidenten seien auch eine Kapitulation vor der Straße gewesen.

Das bayerische Handelsministerium.

w. **München**, 26. Juli. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, bleibt das bayerische Handelsministerium, ohne daß der künftigen Regelung bei der bevorstehenden Vereinfachung der Staatsverwaltung vorgegriffen wird, vorerst als selbständiges Ministerium bestehen. Die Leitung hat bis auf weiteres Graf Lerchenfeld übernommen, die Stellvertretung wurde dem Staatsrat Dr. v. Meinel übertragen.

Die Fehlernte in westdeutschen Gebieten.

w. **Berlin**, 26. Juli. Infolge der großen Trockenheit während der Zeit vom Mai bis Mitte Juli ist in weiten Gebieten des Westens eine vollkommene Fehlernte zu verzeichnen, die besonders in großen Teilen der Rheinprovinz und der bayerischen Pfalz zu Notständen führte. In Berücksichtigung dieser Verhältnisse verfügte das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft nach Besprechung mit den zuständigen Landesstellen eine wesentliche Ermäßigung des für die preußische Rheinprovinz, die bayerische Pfalz und Rheinhessen ursprünglich festgesetzten Getreideumlagesolls.

w. **Köln**, 26. Juli. Nach der „Köln. Ztg." richtete ein Hagelunwetter am 22. Juli im größten Teil des Siegkreises verheerende Folgen an. Die Ernte, die als befriedigend bezeichnet war, ist bis zu 50 Proz. und mehr vernichtet, insbesondere haben die Halmfrüchte gelitten.

oe. **Herne**, 26. Juli. In der heutigen Stadtverordnetensitzung war die Linke fast vollzählig erschienen. Von den bürgerlichen Parteien war nur ein Vertreter des Zentrums anwesend. Dieser bezweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses. Es entspann sich eine rege und heftige Debatte, in der die Sozialdemokraten persönliche und scharfe Töne gegen die Rechte anschlugen. Das Haus war beschlußunfähig; zur Etatsberatung konnte nicht geschritten werden. Der Oberbürgermeister wird Donnerstag morgen noch einmal die Fraktionsvertreter zusammenrufen, um am Freitag eine Etatsberatung herbeizuführen. Kommt eine Einigung inbezug auf die Straßenbenennung nicht zustande, so ist Herne evtl. der Zwangsetatisierung ausgesetzt oder es kommt zur Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung.

TU. **Berlin**, 26. Juli. Wie aus Salzwedel gemeldet wird, ist das Disziplinarverfahren gegen den 1. Bürgermeister eröffnet worden. Bis zur weiteren Entscheidung ist ihm jegliche Amtshandlung, wie auch das Betreten des Rathauses verboten worden. Er hatte am 27. Juni anläßlich der Rathenaufeier an dieser nicht teilgenommen und die Diensträume des Magistrats nicht geschlossen.

w. **London**, 26. Juli. Die Blätter melden aus Kairo: In Syrien wurden nach Bekanntgabe und Bestätigung des französischen Mandats durch den Völkerbundsrat 34 französische Soldaten, unter ihnen 2 Offiziere, getötet.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner; für Feuilleton und Lokales: Willi Lindner; für Handel Sport und Letzte Nachrichten: Theodor Hossen, für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: Julie Schwinck für Inserate und Reklamen: Eugen Wolff sämtlich in Bochum.

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik kostet 1 Zeile 3.— Mark bei Vorauszahlung; bei Rechnungserteilung 3,50 Mark.

D. H. V., Ortsgruppe Bochum. Donnerstag, den 27. Juli, Versammlung im Vereinsheim, Germania-Restaurant, Ecke Humboldtstr. und Marienplatz. — Lehrlingsabteilung: Sonntag, den 30. Juli, Ausflug nach Haltern. Treffpunkt für die Radfahrer: morgens 7¼ Uhr bei Kortländer, 8 Uhr am Bahnhof Wanne. Treffpunkt für die Wanderabteilung: morgens 8 Uhr am Bahnhof Nord. Abfahrt 8,15 Uhr.
Der Vorstand.

Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Bochum. Donnerstag, den 27. Juli, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im christlichen Gewerkschaftshaus, Hellwegstr. 25.

Brauns Lederfarbe **Wilbra färbt** 8131 II
alte, unansehnliche Ledersachen wieder wie neu. In allen einschlägigen Geschäften zu haben.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Heinr. Heiland

Abt. Herdgroßlager

Küppersbusch * Senkingwerk

Herne, Bahnhofstraße 3 | Bochum, Brückstraße 21

Frankolieferung nach allen Plätzen des Kohlenreviers.

Hochbauherde
Tiefbauherde
Gasherde
kombin. Herde
Gaskocher

Die größte Auswahl!
Die schönsten Modelle!
Die allerbesten Fabrikate!

U·S·LINES



Regelmäßige Abfahrten

BREMEN NEW YORK

Vorzügliche Reisegelegenheit in allen Klassen

mit den größten zwischen Deutschland und Amerika verkehrenden erstklassigen und schnellen Doppelschrauben-Salondampfern „George Washington", „America", sowie D. „Peninsula State" und „Lone Star State"

ab deutschem Hafen

Auskunft und Fahrscheine durch GENERALVERTRETUNG

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

und seine Vertretungen

in Bochum: Aug. Dörpinghaus, Kaiserstr. 26

Maurer gesucht

E. Hegerfeld, Industriebaugesellschaft m. b. H., Bochum.

Baustelle: Zeche Engelsburg: Polier Daum,
Baustelle:
Zeche Dannenbaum I: Polier Sauerbier.

Kaufgesuche

Flaschen

kauft zu den höchsten Tagespreisen und holt ab

Albert Heikamp,
Ehrenfeldstr. 9
Fernruf 3853.

Rhein- und Mosel-

Weinflaschen

zu höchsten Tagespreisen zu kaufen gesucht. Abholung sofort.

M. Becker,
Bochum, Alleestraße 11.
Telefon Nr. 316.

Maggi-Flaschen

Nr. 5 und 6 kauft und holt ab

Albert Heikamp,
Ehrenfeldstr. 9
Fernruf 3853.

Solides **Reisegepäck**



Ed. Köllermann

Friedrichstr. 2 Fernruf 444 Rottstr. 41

Wenn Sie sich neu einrichten

Ihr Heim vergrößern oder verschönern wollen

so statten Sie bitte meiner Ausstellung kunstgewerbl. Gebrauchs- und Dekorationsgegenstände einen zwanglosen Besuch ab

A. Homborg

Bochum, Hochstraße 2

Stenotypistinnen

mit bestem Können gegen gute Bezahlung gesucht.

Fr. Gröppel,
Bochum V.

Flaschen

kauft an und holt ab

Ludwig Bongardt,
Wiemelhauserstr. 41. Fernr. 2864

Alt-Gold

Silber, Platin,
wie: Ketten, Ringe, Bestecke, Medaillen,
alte Münzen
Zahngebisse,
Quecksilber
kauft ständ. höchstzahlend
Zahnpraxis Brückstraße 51.
Auf Haus-Nr. 51 achten

Hervorragende Neuheiten in **gerahmten Bildern** aller Art.

Farbige Kupferdrucke, Radierungen und Heliochroms.

Spezialität: **Schlafzimmerbilder**

in vornehmer und stilgerechter Einrahmung

Reichste Auswahl und billigste Preise.

Neuheiten in Kunstblättern.

Mummelheysche Zentralbuchhandlung
Bochum
Obere Marktstraße 31.
Telefon 396.

Kohlen u. Koks

für Industrie und Hausbrand liefert pünktlichst

Bochumer Kohlen-Kontor

Humboldtstraße 55. — Telefon-Nr. 3817 — 3818.

8102

Ein Schlager

für jeden Pfeifenraucher:

nur garantiert echte, reine Tabake. — Beziehen Sie direkt von der Fabrik,

Sie ersparen viel Geld!



Zur Probe 100 Gramm einer Sorte. — 400 Gramm als Musterpostsendung sind am billigsten. 8122

Viele tausende Nachbestellungen und Anerkennungen

Es kosten versteuert in 100- oder 500-Gramm-Packung:

Grobschnitt	p. Pfd. 35.—	48.—	53.—	u. 60.— M.
Mittelschnitt	p. Pfd. 50.—	55.—	62.—	u. 66.— M.
Zigarettentabak Haarschnitt	in 50- oder 100-Gramm-Packung,	per Pfund 120.—		144.— M.

gegen Nachnahme, Packung frei. Von 6 Pfund an portofrei. Preisliste franko u. gratis. Preisänderung jederzeit vorbehalten.

Rauchtabak-Fabrik „Weltruf" Emil Köller,
Bruchsal 522, Baden.

Eingerichtet mit den modernsten Spezialmaschinen für Tabakfabrikation.

Für herrschaftlichen Haushalt (3 Personen, 1 Kind) wird zum 1. August ein zuverlässiges, selbständiges

Küchenmädchen

gesucht. Stubenmädchen vorhanden. Hohes Gehalt. Angebot unter Nr. 12703 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Flaschen

Kauft

Albert Janzik
Spiritusofen-Handlung.
Maarbrückerstraße 12.
Telefon 1036.

Weiche mit **Henko** die Wäsche ein!

Henko
Henkel's Wasch- u. Bleich-Soda für Wäsche und Hausputz.
Henkel & Cie.
Düsseldorf



L. Schmiedeknecht
Wittenerstr. 40-42 u. 30 * Bochum
Telefon 3881 gegründet 1871

Zentralheizungen

Sanitäre Installation
Lieferung von Rohrleitungen,
Abwärmeverwertungs - Anlagen
Waschkauen, 8114

Albert Staubach, Jng.
Fernspr. 669 Bochum Fernspr. 669

Schwer versilberte **Bestecke** noch sehr preiswert

Paul Schrader
Goldschmiedemeister
Bochum
ABC-Straße 15
Ecke Humboldtstraße

Tüchtiger **Lohnbuchhalter** für Tiefbaugeschäft sofort gesucht. Angeb. unter Nr. 12619 a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Große Bergwerksgesellschaft sucht z. 1. Aug. 1922 oder später zwei möglichst im Verwaltungsdienst tätig gewesene nicht zu junge

Bürobeamte.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Angabe des Eintrittszeitpunktes sind einzureichen unter Nr. 12648 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Die öffentliche **Wettannahmestelle**

für Bochum befindet sich jetzt im Zigarrenhaus

BEM SASS
Bochum,
Obere Marktstr. 38 a.

Daselbst Annahme von Wetten für alle deutschen Rennen vor und am Renntage.

Schuhmacher-Kolibri-Maschine,

gut nähend, billig zu verkaufen. F. Prengeiken



Knaben-Uhren

Silberne Uhren
Goldene Herren - Uhren
Goldene Damen - Uhren
Gut und billig!

Colliers, Ketten, Schlipsnadeln, Broschen und Ringe
Manschettenknöpfe, Armbänder in großer Auswahl.

Uhren-Rave Bongardstr. 28 Telephon 2593

Reparatur-Werkstatt mit elektrischem Antrieb.
Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

Vernickeln

8550 sämtlicher Haushaltungsgegenstände, Aufarbeiten von Kronleuchtern, Messingstangen u.s.w. übernimmt Vernickelungs-Anstalt

Fritz Lenz Alleestraße 10

Neben der Christuskirche

Verkupfern

Miets-Gesuche

Wir suchen für verschiedene an erer ledigen Angestellten einige

möblierte Zimmer

mit oder ohne Pension und bitten um gefl. schriftliche Angebote.

Maschinenbau-Aktiengesellschaft Eickhoff, Bochum.

Anständ. solider Fabrikhandwerker sucht

möbl. Zimmer

oder saubere Schlafstelle. Angeb. unter Nr. 12664 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Wir suchen für einen unserer Herren

möbl. Zimmer

in gutem Hause.

Bochumer Eisenhütte — Fahrendeller Hütte Heintzmann & Dreyer.

Offene Stellen

Durch das **Städtische Arbeitsamt Bochum**

Trankgasse 7, Eingang E (Telefon: Stadtzentrale) werden Arbeitnehmer für alle Berufsarten vermittelt.

Ein tüchtiger **Bauschlosser** gesucht.

Gustav Flasche,
Wiemelhauserstraße 89.

Ordentlicher **Laufbursche** gesucht.

C. Bohlmann
Bochum, Hortumstr. 4.

Zuverlässiges **Fräulein** für Konditorei gesucht.

August Fuchs,
Friedrichstr. 31.

Mädchen 23 J., sucht Arbeit in kl. Fabrik. Gute Handschrift. Zu erfr. u. d. Gesch. d. Z.

Ein ordentliches **Lehrmädchen** gesucht.

Conditorei & Café Joh. Fricke, Bochum, Dorstenerstraße 101.

Ein Lehrmädchen aus gut. Fam. nicht unter 15 Jahren sofort gesucht.

Konditorei und Café Fr. Rüsberg
Buddenbergstraße 6.

Verkäufe



Empfehle prima hochtragende

Kühe u. Rinder

Max Sternberg, Bochum
Hohenzollernstr. 11.
Telefon 2550.

Futtermöhren

hat preiswert abzugeben

A. Barenberg
Vorbum.

Ladentheke

1,70 lang zu verkaufen. Castroperstraße 65.

Elektr. Leuchter und Portieren zu verkaufen. Ehrenfeldstr. 26, 1 Tr.



Empfehle prima hochtragende, frischmelke

Kühe u. Rinder

Willy Urbani
Bochum, Maarbrückerstraße 36. Telefon 3743.

Bruchkranke

können ohne Operation u. Berufsstörung geheilt werden. Sprechstunden in Bochum, Hotel Fork, am Hauptbahnhof am 31. Juli von 9—1 Uhr.

Dr. med. Knopf,
Spezialarzt f. Bruchleiden

Nr. 173. Zweites Blatt. **Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Donnerstag, 27. Juli 1922

Um- u. Eingemeindungsfragen im Landkreise Bochum

Ausdehnungsbestrebungen der Gemeinde Gerthe. — Eine Denkschrift der Bergbau-A.-G. Lothringen.

Landrat Stühmeyer über die Eingemeindungspläne.

Nachdem die Eingemeindungsverhandlungen der Stadt Bochum und der mit ihr in Konkurrenz stehenden Nachbarstädte und Gemeinden zu einem vorläufigen Stillstand gekommen sind, nimmt jetzt der Vorsitzende des Kreisausschusses, komm. Landrat Stühmeyer, in längeren, dem Kreisausschuß zugegangenen Ausführungen zu den Um- und Eingemeindungsfragen im Landkreise Bochum Stellung. Veranlassung zu dieser Stellungnahme gibt eine

Denkschrift zur beabsichtigten Eingemeindung eines Teiles der Gemeinde Bövinghausen und des Mittelfeldes der Stadt Castrop nach Gerthe.

Diese Denkschrift ist von der Bergbau-A.-G. „Lothringen", den Chemischen Werken „Lothringen" und der Gemeinde Gerthe herausgegeben worden. Um die Ausführungen des Landrats verständlich zu machen, geben wir nachstehend zunächst aus dem Inhalt der Denkschrift das wesentlichste wieder.

Sie befaßt sich einleitend mit der Entstehung und Entwicklung der Zeche Lothringen und der Anlage und Entwicklung der Chemischen Werke Lothringen G. m. b. H. Dann folgen Ausführungen über die Entwicklung der Gemeinde Gerthe, die im Jahre 1870 bei 436,10,78 Hektar Flächeninhalt etwa 300 Einwohner zählte, durch die Industrie jedoch bis 1905 auf 4500 Einwohner stieg. Es heißt dann:

Die Zechenanlagen bildeten den Kern, um welchen sich die Errichtung der Siedlungen vollzog. Bei der nahen Entfernung von den Grenzen der umliegenden Nachbargemeinden, die teilweise nur wenige hundert Meter betrug, war es erklärlich, daß die Bautätigkeit an der Gemeindegrenze von Gerthe nicht haltmachte, sie griff in erheblichem Maße auf die Nachbargemeinden über, wie auch ein nicht unerheblicher Teil der erweiterten Zechenanlagen auf dem Gebiet der Nachbargemeinde Bövinghausen errichtet wurde. Es entstand so ein Siedlungsgebilde, das seinen Ursprung in den Anlagen der Gewerkschaft Lothringen hat und mit dieser zusammen eine wirtschaftliche Einheit bildete, sich jedoch über 6 Gemeinden erstreckte. Es ist zu natürlich, daß sich aus den ineinandergreifenden Grenzverhältnissen für die Zeche Lothringen sowohl, als auch für die Bewohnerschaft und für die beteiligten Kommunalverwaltungen Schwierigkeiten mancher Art ergaben. Die Verhältnisse drängten auch darauf, daß hierin Wandel geschaffen wurde. Die Gemeinde Hiltrop vereinigte sich deshalb im Jahre 1907 mit der Gemeinde Gerthe. Hiermit stieg der Flächeninhalt von Gerthe auf 816,75 Hektar, die Einwohnerzahl auf 7750. Bis 1910 war die Zahl der Einwohner auf über 8000 angewachsen. In den Jahren 1913 und 1914 wurde im Westen der Gemeinde der Schacht X der Gewerkschaft ver. Constantin der Große niedergebracht. Es ist dies ein großzügig ausgebautes, mit beträchtlichen Nebenanlagen versehenes Werk, das einen nicht unerheblichen Einfluß auf die weitere Entwicklung der Gemeinde ausüben wird. In den folgenden Jahren gestalteten sich die kommunalen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Holthauser Landwehr, ein der Zeche Lothringen am nächsten liegender Ortsteil derart, daß eine Vereinigung desselben mit Gerthe zu einem dringenden Bedürfnis wurde. Die eingeleiteten Verhandlungen führten dazu, daß im Jahre 1914 ein Teil der Gemeinde Holthausen nach Gerthe umgemeindet wurde. Bei dieser Gelegenheit sind auch mit der Gemeinde Sodingen erhebliche Grenzberichtigungen vereinbart und durchgeführt worden. Zur selben Zeit wurden auch mit der Stadt Castrop Verhandlungen angebahnt über eine Eingemeindung des sogenannten Mittelfeldes nach Gerthe. Die Stadtverwaltung Castrop war grundsätzlich zur Abtretung des genannten Ortsteils bereit, unter der Bedingung eines entsprechenden Ausgleichs nach Osten zu, insbesondere durch Eingemeindung des größeren Teils der Gemeinde Raurel. Durch den Kriegsausbruch sind die z. Zt. so günstig eröffneten Verhandlungen leider unterbrochen worden.

Weiter wird ausgeführt, daß die Bautätigkeit in den bisher besiedelten Gemeindeteilen die Baulücken derart ausgefüllt hat, daß von einem vollkommen abgerundeten Gemeinwesen gesprochen werden könnte, wenn auch die noch zu Castrop und Bövinghausen gehörenden Teile, die in enger geographischer und wirtschaftlicher Beziehung zu der Zeche Lothringen und der Gemeinde Gerthe stehen, mit der letzteren Gemeinde vereinigt wären. Gerthe hat zurzeit einen Flächeninhalt von 976,42 ha. und zählt rund 16 000 Einwohner. Es hat ein Realprogymnasium (im Ausbau), zwei evangelische und zwei katholische Kirchen, ein kath. Krankenhaus wird im Laufe des Jahres seiner Bestimmung übergeben. Die Vermögenslage der Gemeinde ist durchaus gut.

Ueber

die von Gerthe ausgehenden Wünsche hinsichtlich einer Grenzberichtigung

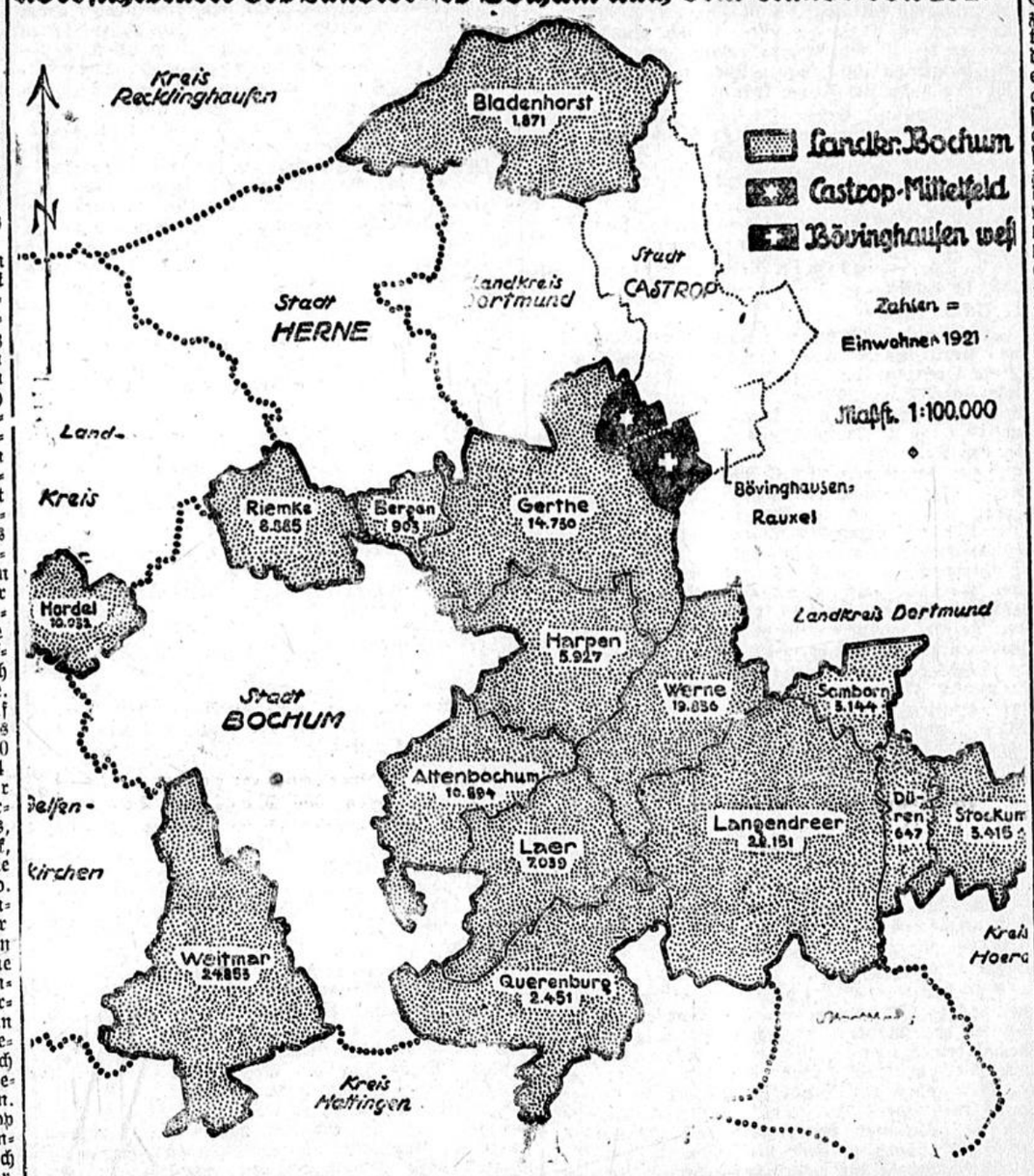
wird gesagt:

Die Gemeinde Gerthe liegt an der äußersten Ostgrenze des Landkreises Bochum. Sie wurde von den bereits erfolgten Grenzberichtigungen im Westen, Norden und Osten von den Gemeinden Hiltrop, Sodingen, Holthausen, Castrop und Bövinghausen begrenzt. Auf dem räumlich verhältnismäßig beengten Gebiete drängten sich hier die Grenzen von 6 verschiedenen Gemeinden zusammen. Es gehören Gerthe-Hiltrop zum Landkreise Bochum, während die Stadt Castrop und die übrigen Gemeinden im Landkreise Dortmund liegen. Hieraus ergibt sich, daß auf dem genannten Gebiete 5 Gemeinden, 3 Aemter, 1 Stadt sowie 2 Landkreise zusammenstoßen. Vor den bereits erfolgten Grenzberichtigungen durchschnitten alle die vorgenannten Grenzen regellos den um die Zeche Lothringen entstandenen Siedlungsblock. Von keiner Seite ist je bestritten worden, daß man nicht zu einer vernünftigeren Regelung der Gemeindegrenzen kommen müsse. Die Eingemeindungsverhandlungen bezüglich Hiltrop, der Holthauser Landwehr und die Grenzberichtigungsverhandlungen mit der Gemeinde Sodingen sind daher unter Zustimmung aller Beteiligten reibungslos vor sich gegangen, während die sicher ebenso aussichtsreichen Verhandlungen mit Castrop durch den Ausbruch des Krieges, wie schon erwähnt, leider nicht zu Ende geführt werden konnten.

Eine Grenzregulierung im Osten der Gemeinde Gerthe nach Castrop und Bövinghausen zu ist jedoch ebenso, wie dies im Norden und Nord-Westen von Gerthe der Fall war, zu einem unabweisbaren Bedürfnis geworden, wie dies in den nachfolgenden Ausführungen eingehend nachgewiesen werden soll.

Nach Beendigung des Krieges wurden, diesmal von Castrop ausgehend, wieder Wünsche auf

Übersichtskarte des Landkreises Bochum nach dem Stande von 1922



Landkreis Bochum 7 Ämter, 15 Landgemeinden Einwohnerzahl	Größe in ha	Reichseinkommensteuer 1921 ℳ	Realsteuern: Grundsteuer ℳ	Realsteuern: Gebäudesteuer ℳ	Realsteuern: Gewerbesteuer ℳ	Betriebssteuer ℳ	Insgesamt Real- (einschl. Betriebs-) Steuersoll ℳ
148 081	8 549,32	13 179 313	30 432	241 183	599 969	8 871	880 455

Regelung der Grenzverhältnisse laut. Auch die Einwohner des westlichen Teils von Bövinghausen traten stark mit einer solchen Forderung hervor; die letzteren Bestrebungen fanden in der Gemeindevertretung von Gerthe willige Unterstützung. Es sind der Gemeinde Bövinghausen Angebote gemacht, die darauf hinausgingen, Bövinghausen mit Gerthe zu vereinigen, oder, wenn man sich hierzu nicht entschließen wollte, dem Amt Harpen als selbständige Gemeinde beizutreten, um die schlechten Grenzverhältnisse hierdurch in etwa zu mildern. Leider fanden diese Angebote bei der Mehrheit der Gemeindevertretung von Bövinghausen trotz starker Würdigung der hierfür sprechenden Gründe keine endgültige Zustimmung.

Bei Castrop besteht eine bedingte Bereitwilligkeit zur Grenzregulierung auch heute noch, jedoch unter starker Einschränkung des damals vorgesehenen Gebietes.

Das ablehnende Verhalten von Bövinghausen und Castrop dürfte auf die neuen Pläne der Stadt Castrop zurückzuführen sein, die darauf gerichtet sind, die Gemeinden Raurel, Merklinde, Frohlinde und Bövinghausen ganz nach Castrop einzugemeinden. Leider hat die Gemeindevertretung von Bövinghausen in ihrer Mehrheit bereits ihre Zustimmung zur völligen Einverleibung der Gemeinde nach Castrop gegeben. Die Bewohner des westlichen Teiles von Bövinghausen und die Bergbau-Aktiengesellschaft Lothringen setzen diesem Plane, soweit der westliche Teil von Bövinghausen in Frage kommt, energischen Widerstand entgegen.

Ausführlich werden dann

die Gründe für die Notwendigkeit der beabsichtigten Grenzregulierung

dargelegt. Die Denkschrift befaßt sich hier zunächst mit dem westlichen Teil von Bövinghausen. Hier entstanden ein Teil der Neugewinnungsanlage, der Schacht III, die Chemischen Werke und sonstige Anlagen der Zeche Lothringen. Der Güterbahnhof erstreckt sich in seiner ganzen Ausdehnung auf beide Gemeinden. Die Grenzen der Gemeinden Gerthe und Bövinghausen gehen mitten durch die Lothringer Werke, sodaß völlig unklare Verhältnisse entstanden sind. Auf die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten für die Gemeindmitglieder wird mit Nachdruck hingewiesen. U. a. wird gesagt:

Der Hauptteil der Gemeinde Bövinghausen liegt abseits, völlig abgetrennt von dem westlichen Teile, sodaß mit der Hauptgemeinde auf keinem Gebiete kaum irgendwelche Beziehungen unterhalten werden. Dagegen ist der westliche Teil von Bövinghausen mit der Gemeinde Gerthe direkt verbunden; in wirtschaftlicher Beziehung bilden beide eine Einheit. Der gesamte Verkehr neigt nach Gerthe, wo auch die Aerzte, die Apotheke, die Post und sonstige Einrichtungen für den westlichen Teil von Bövinghausen sich befinden. Die Verwaltungsstelle der kommunalen Behörde ist in unmittelbarer Nähe, wodurch weite Wege nach Castrop oder Raurel oder die teuren Straßenbahnfahrkosten nach dort und viel Zeit erspart werden. Die werktätige Bevölkerung arbeitet ausnahmslos auf den Lothringer Anlagen. Im Vereinswesen geht der Zug nach Gerthe. In kirchlicher Beziehung gehört der westliche Teil von Bövinghausen schon jetzt nach Gerthe. So zeigt sich auf allen Gebieten eine enge Zusammengehörigkeit mit Gerthe, wohingegen mit der Gemeinde Bövinghausen kein eigentlicher Zusammenhang besteht. Zwischen beiden Gemeindeteilen liegt ein weites, vollkommen unbebautes Feld. Es trägt auch nicht zur Erzielung eines einheitlichen Gemeindebildes bei, wenn die zu erwartenden Neuanlagen, denen sicherlich Siedlungen folgen werden, von zwei verschiedenen Kommunalverwaltungen aus beeinflußt werden.

Die Chemischen Werke planen in Bövinghausen große Neuanlagen. Aber nur unter der Voraussetzung, daß die Grenzregulierung zustande kommt. Die Denkschrift betont das, indem sie ausführt:

Bei den Besprechungen zwischen der Badischen Anilin- und Sodafabrik und den Chemischen Werken ist wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß für den Fall einer unbefriedigten Lösung der Grenzfrage die unbedingt notwendigen Neuanlagen nicht in Bövinghausen, sondern aus unabwendbar zwingenden Gründen in Ludwigshafen im Anschluß an die dort bereits bestehenden Anlagen der Badischen Anilin- und Sodafabrik zu errichten sind. Diese Maßnahme würde natürlich von großem Nachteil für die gesamte Umgebung sein; im Interesse der Rentabilität des Werkes könnte man hiervon jedoch nicht Abstand nehmen, so bedauerlich dies für die fernere Entwicklung der hiesigen Gegend sein würde.

Ueber die

Eingemeindung des Mittelfeldes der Stadt Castrop

nach Gerthe wird u. a. folgendes ausgeführt:

Diese Notwendigkeit ergibt sich, wenn die Angelegenheit Bövinghausen dem beabsichtigten Sinne nach zur Durchführung kommt. In diesem Falle bohrt sich der Ortsteil Mittelfeld wie ein langer Dorn oder Keil in das Gebiet der Gemeinde Gerthe hinein. Dieses Gebilde wird dann im Norden von der Gemeinde Holthausen und im Westen, Süden und Osten, also fast von allen Richtungen, von der Gemeinde Gerthe umfaßt, während nach Nordosten zu nur eine schmale Verbindung mit dem entfernteren Kern der Stadt Castrop besteht. Schon aus dieser Lage heraus werden für beide Teile kaum erträgliche Zustände entstehen. Man würde aber auch eine solche Regelung erst recht nicht verstehen, wenn man die Verhältnisse dieses Ortsteils an Ort und Stelle betrachtet; denn hier gruppieren sich die Wohnstätten der Einwohner ziemlich nahe zusammen an einer einzigen Straße, die genau in der Mittellinie des Keils bis zu seiner Spitze hin verläuft. Diese Wohnstätten stehen in enger Verbindung mit dem bebauten Hellweg in Gerthe und bilden mit der Gemeinde Gerthe eine wirtschaftliche Einheit. Man vermutet hier wirklich keine Gemeindegrenze. Das Straßenbild von Gerthe geht, nur durch ein Grenzschild bemerkbar, in das des Ortsteils Mittelfeld über. Anders dagegen ist die Situation nach der Castroper Seite. Nach dieser Richtung hat das Mittelfeld keinerlei bau- oder wirtschaftliche Verbindung mit der Stadt Castrop, sondern ist davon völlig getrennt durch sich weithin erstreckende, in die Ebene abfallende Flächen landwirtschaftlicher Grundstücke, die es verursachen, daß das Mittelfeld völlig von Castrop abgetrennt ist. Die Entwicklung von Castrop wird auch in absehbarer Zeit nicht nach dieser Seite, sondern nach dem Norden gehen.

Die männliche Bevölkerung arbeitet fast ausnahmslos auf den Lothringer Anlagen in Gerthe.

Wie die Bebauung des Ortsteils mit dem von Gerthe vollkommen ineinander übergegriffen hat, so kann man auch behaupten, ist das gesamte Wirtschaftsleben mit Gerthe ineinander verkettet. Die Bevölkerung des Mittelfeldes deckt ihren Bedarf an Lebensmitteln zum größten Teil in Gerthe. Die in dem fraglichen Ortsteil ansässigen Vereine bestehen aus Einwohnern des Mittelfeldes und von Gerthe. In einigen Vereinen, die in den Lokalen des Mittelfeldes tagen, ist der Einfluß der Gerther Mitglieder sogar stark vorwiegend. In dem Ortsteil Mittelfeld wohnt auch der Knappschaftsarzt für die großen angrenzenden Kolonien der Gemeinde Gerthe, weil im Mittelfeld ein geeignetes Haus für ihn vorhanden war. Die hiesigen Patienten und der Arzt wechseln somit ständig über die Grenze hinüber und herüber und steht der Arzt in reger Verbindung mit den hiesigen Behörden und Werken. Die Einwohner gehen auch zur hiesigen Apotheke. Ebenso befinden sich die Post und sonstige Einrichtungen für das Mittelfeld in Gerthe.

Die Entwicklung des Mittelfeldes hat ihren Quell einzig und allein der Anlage der in Gerthe gelegenen Lothringer Werke, wie überhaupt die ganze Entwicklung nach Gerthe neigt.

Zusammenfassend heißt es dann über

die von Gerthe beantragte neue Grenzführung:

Um in den in den vorhergehenden Abschnitten beschriebenen Ortsteilen natürliche und erträgliche Grenzverhältnisse herzustellen, ist folgende Grenzführung erforderlich:

Im Süden müßte die bisherige Gemeindegrenze zwischen Bövinghausen-Raurel und Bövinghausen-Lütgendortmund auf eine Länge von etwa 800 Meter in Frage kommen.

Alsdann hätte die neue Grenze sich in nördlicher Verlängerung auf die Ringstraße hin zu erstrecken, die letztere in nordwestlicher Richtung verlaufend bis zur Bochumer Straße, die Ringstraße in die neue Grenzführung eingeschlossen. Jetzt würde die neue Grenze, die Bochumer Straße einschließend, mit dieser eine kurze Strecke parallel in östlicher Richtung gehen, um sich dann wieder in einer Linie nach Norden zu wenden. Eine natürliche Grenze ist hier nicht gegeben. Es ist aber zweckmäßig, die vorhandenen Parzellen — was sonst geschehen müßte — nicht zu durchschneiden, die Grenze vielmehr an diesen Parzellen entlang zu führen, worauf der regellose Verlauf der Linie zurückzuführen ist. Die Grenzführung ist hier so gedacht, daß die Parzellen Flur 1 Nr. 30, 29 und 28 der Gemeinde Bövinghausen, Flur 16 Nr. 512/149, 100, 701/204, 650/204, 223 der Stadtgemeinde Castrop noch nach Gerthe fallen. Die Parzelle Flur 16 Nr. 274/268 wird in Verlängerung des Waldweges nach der bestehenden Grenze zu durchschnitten.

Im Mittelfelde würde die Grenze hart östlich der Mittelfeldschule weiter nach Norden verlaufen bis zu einem durch das Langeloh-Gehölz führenden Waldweg, mit dem sie in nördlicher Richtung, den Weg in die neue Grenze einschließend, zusammengehen würde, um dann in die bestehende Gemeindegrenze Gerthe-Holthausen-Castrop überzugehen.

In den vorstehenden Ausführungen glauben wir den Nachweis erbracht zu haben, daß die Vereinigung des westlichen Teiles von Bövinghausen sowie des Mittelfeldes der Stadt Castrop, die seit langer Zeit mit der Gemeinde Gerthe auf allen Gebieten aufs innigste verwachsen sind, im Interesse einer geordneten Entwicklung der Werke und der fraglichen Gemeindeteile ein Gebot der Stunde ist. Die Vereinigung ist erforderlich aus städtebaulichen, hygienischen und volkswirtschaftlichen Gründen. Wir bitten daher, den berechtigten Wünschen der Gemeinde Gerthe und der Bergbau-Aktien-Ge-

sellschaft „Lothringen" sowie der Chemischen Werke Lothringen G. m. b. H. entsprechen zu wollen,

* * *

Im Anschluß an diese Denkschrift hat nunmehr der komm. Landrat seine Ausführungen betr.

Ein- und Umgemeindungsfragen im Landkreise Bochum

grundsätzlich zusammengestellt. Nachdem der Aufsatz zunächst der beabsichtigten Umgemeindung von West-Bövinghausen und des Mittelfeldes der Stadt Castrop nach Gerthe zugestimmt hat, spricht er sich über die Belange des Landkreises Bochum wie folgt aus:

Aber auch die Belange des Landkreises Bochum selbst sind an einer Neugestaltung der Verhältnisse im Sinne der Denkschrift aufs erheblichste beteiligt. Die beigefügte Karte zeigt in übersichtlicher Form die jetzige Flächengestaltung des Kreises. Der Kreis besteht hiernach aus einem zusammenhängenden Hauptteil, welcher sich zusammensetzt aus 12 Gemeinden: Riemke, Bergen, Gerthe, Harpen, Altenbochum, Laer, Querenburg, Werne, Langendreer, Somborn, Düren und Stockum mit insgesamt 109 189 Einwohnern, sowie aus 3 weiteren Teilen, bestehend aus der Gemeinde Weitmar mit 26 914, der Gemeinde Hordel mit 10 107 und der Gemeinde Bladenhorst mit 1871, alle 3 Gemeinden mit insgesamt 38 892 Einwohnern. Diese unangenehme Zerreißung des Kreises in 4 Teile ist die Folge des vor 16 Jahren erfolgten Ausscheidens der Stadt Herne aus dem Kreisverbande und die Folge der Eingemeindungspolitik der letzten Zeit, welche im Jahre 1904 die Gemeinden Hamme, Hofstede, Grumme und Wiemelhausen nach Bochum und im Jahre 1908 die Gemeinden Baukau und Horsthausen nach Herne brachte.

Es ist klar, daß der Kreis, rein flächenmäßig betrachtet, Wert darauf legen muß, den zusammenhängenden Kern des Kreises möglichst unversehrt zu erhalten, während er die bereits abgesprengten Teile am besten entbehren kann. Dies gilt sowohl von der Gemeinde Bladenhorst, wie von den Gemeinden Hordel und Weitmar, während die Abtretung von Riemke und Altenbochum, mit welchen die Stadt Bochum, ebenso wie mit Hordel und Weitmar Eingemeindungsverhandlungen führt, schon weit tiefer in die Substanz des eigentlichen Kreisgebiets eingreift. In ganz besonderem Maße ist dies der Fall bei der Gemeinde Altenbochum, wie ein Blick auf die Karte zeigt. Wenn der hiesige Kreistag s. Zt. trotzdem der Eingemeindung auch dieser Gemeinden — Riemke und Altenbochum — nach Bochum grundsätzlich zugestimmt hat, so zeigt er m. E., daß er für die Bedürfnisse der Stadt Bochum und der in Frage kommenden Landgemeinden ein besseres Verständnis hat, wie umgekehrt die Stadt, welche nicht nur die Gemeinde Laer, sondern auch noch andere Gemeinden in den Kreis ihrer Eingemeindungspläne einbezogen hat, ohne zu berücksichtigen, daß dadurch das Bestehen des hiesigen Landkreises vollständig in Frage gestellt werden würde.

Die Ausführungen des Landrats befassen sich des weiteren mit der Möglichkeit, ob der Kreis nach Ausscheiden der vier Gemeinden noch lebensfähig ist, was in bejahendem Sinne beantwortet wird. Wichtiger sind dann die Ausführungen über die weiteren Eingemeindungspläne, über die Landrat Stühmeyer sich u. a. folgendermaßen äußert:

Die einstweilen viel weniger in Langendreer und Werne als wohl an anderer Stelle, und zwar aus mehr oder weniger durchsichtigen Gründen, gern gesehene Vereinigung der erstgenannten Gemeinden zu einer Stadtgemeinde, etwa unter gleichzeitigem Ausscheiden aus dem Kreisverbande, ist bisher in keiner Weise ernsthaft betrieben worden. Dieser Plan dürfte noch in weitem Felde stehen. Das gesamte Amt Harpen ist ferner grundsätzlich gegen eine Eingemeindung, und zwar sowohl gegen eine solche nach Bochum, wie etwa nach Herne, von welcher Stadt ebenfalls Anträge vorlagen. Auch die Gemeinde Querenburg verhält sich absolut ablehnend. Was die Gemeinde Laer angeht, so ist die Stimmung dort wesentlich umgeschlagen. War diese Gemeinde früher für eine Eingemeindung, und zwar offenbar in der Annahme, daß eine allgemeine Auflösung des Landkreises bevorstehe, so ist die Vertretung dort jetzt sehr zurückhaltend geworden. Es soll von Laer nur nach den Interessen der Restgemeinden und in Uebereinstimmung mit der Kreisverwaltung gehandelt werden. Aus allen diesen Gründen ist die Erhaltung des hiesigen Landkreises eine allgemeine Notwendigkeit.

Eingehend wird sodann das Ausscheiden der Gemeinde Bladenhorst und ihre etwaige Abgabe an den Landkreis Dortmund behandelt. U. a. wird gesagt:

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Gemeinden Bladenhorst, Habinghorst, Ickern und der Ortsteil Raurel-Bahnhof starke gemeinsame Interessen haben, welche auf den Zusammenschluß dieser Gemeinden, wenn nicht zu einer Einheitsgemeinde, so doch wenigstens zu einem gemeinsamen Amtsverbande hindrängen. Was insbesondere die Gemeinde Bladenhorst angeht, so muß anerkannt werden, daß ihre Interessen sich mehr um den Punkt Raurel-Bahnhof, wie nach irgend einer anderen Richtung gruppieren. Von einer Eingemeindung nach Castrop will die Gemeinde keinesfalls etwas wissen.

Wenn sich also die Möglichkeit bietet, durch die Vereinigung der vorgenannten drei Gemeinden (unter der notwendigen Hinzunahme des Bahnhofsteiles Raurel etwa bis nördlich der Nobelbahn), zu einem Amtsverbande, vielleicht später auch zu einer Einheits-Gemeinde, ein kommunalpolitisches Gebilde zu schaffen, welches leistungsfähig und zur Verfolgung gemeinsamer Belange besonders geeignet ist, so glaube ich nicht, daß man einer möglichen Abtrennung der Gemeinde Bladenhorst vom hiesigen Kreise und ihrer Vereinigung mit dem Landkreise Dortmund entgegen sein kann. Der Kreisausschuß hat sich auch schon durch einen Beschluß vom 27. Januar 1922 mit dem Ausscheiden der Gemeinde Bladenhorst aus dem Kreisverbande einverstanden erklärt, wenn hierfür die Gemeinde Bövinghausen (Raurel) ganz oder mit ihrem westlichen Teil, unter entsprechender Abrundung der Gerthe-Castroper Grenze mit dem Kreise vereinigt wird. Voraussetzung ist ferner, daß die kommunalen Interessen der Gemeinde Bladenhorst auch nach dem Ausscheiden aus dem Kreisverbande genügend gewahrt werden, bezw. die Gemeinde Bladenhorst mit ihrem Ausscheiden aus dem Kreise selbst einverstanden ist.

Im weiteren befaßt sich der Landrat in sehr ausführlicher Weise mit den

Eingemeindungsbestrebungen der Stadt Bochum.

Er schiebt zunächst die Schweizer Anleihe in den Vordergrund und sagt:

Ich habe bereits weiter oben ausgeführt, daß der Kreis grundsätzlich bereit ist, die Gemeinden Hordel, Riemke, Weitmar und Altenbochum, bei welchen eine Geneigtheit, sich mit Bochum zu vereinigen, mehr oder weniger vorhanden war, freizugeben. Auf diesem Standpunkte steht die Kreisverwaltung auch heute noch. Es sind aber neuerdings Umstände eingetreten, welche die Neigung, sich nach Bochum eingemeinden zu lassen, in den genannten Gemeinden selbst stark herabgemindert haben. Der Grund ist hauptsächlich in der unglücklichen Valuta-Anleihe zu suchen, welche die Stadt Bochum im Sommer 1917 in der Schweiz abgeschlossen hat. Die Stadt ist hiernach verpflichtet, für ein ihr gewährtes Darlehen von 10 000 000 Mark am 1. Juli 1927 12 350 000 Schweizer Franken zurückzuzahlen, eine nach dem heutigen Kurs ganz ungeheure Summe, nämlich über eine Milliarde Mark.

Weiter heißt es dann:

Die Gemeinde Hordel hat nach meinen Informationen z. Zt. überhaupt keine Neigung, einen neuen Beschluß zu fassen. Die Gemeinde Altenbochum hat den Beschluß, wonach der Amtmann und der Gemeindevorsteher berechtigt sein sollen, den Eingemeindungsvertrag zu unterzeichnen, vorläufig aufgehoben. Der Gemeindebeschluß von Weitmar ist nach eingehender Prüfung und Erörterung gleichfalls ablehnend ausgefallen und beleuchtet in seiner Begründung vollkommen die Situation. — Der letzte Beschluß der Gemeinde Riemke, der wiederholt, daß sie mit einer Eingemeindung grundsätzlich einverstanden ist, verliert an sich jede Bedeutung, da er voraussetzt, daß auch die übrigen Gemeinden — Hordel, Altenbochum, Weitmar usw. — sich eingemeinden lassen. Er ist lediglich so aufzufassen, daß, wenn die Gemeinde sich eingemeinden lassen will, hierfür Bochum in Frage kommt.

Der Landrat äußert sich dann über die Eingemeindungsbestrebungen der Stadt Bochum unter Berücksichtigung folgender Punkte:

1. Das Ausdehnungsbedürfnis der Stadt Bochum.
2. Das Anschlußbedürfnis der einzugemeindenden Gemeinden.
3. Die möglichen finanziellen Auswirkungen.

Zu 1. heißt es u. a.:

Allgemein gesprochen, bin ich der Ansicht, daß das Bedürfnis der Stadt Bochum nach Ausdehnung ihrer Grenzen heute bei weitem nicht so groß ist, wie im Jahre 1904 vor der Eingemeindung von Hamme, Hofstede, Grumme und Wiemelhausen. Damals war das Gebiet der Stadt in der Tat sehr beengt. Im Jahre 1904 entfielen auf ein Gebiet von 622,65 Hektar 68 023 Einwohner, also durchschnittlich 109 auf den Hektar; heute hat die Stadt ein Gebiet von 2 686,93 Hektar bei 163 584 Einwohnern, es kommen also nur 61 Einwohner auf den Hektar. Nach erfolgter Eingemeindung von Hordel, Riemke, Altenbochum und Weitmar würden auf einer Gesamtfläche von 4813,17 Hektar 220 855 Einwohner = 46 auf den Hektar, wohnen, also durchschnittlich nicht sehr viel weniger als bisher. Heute ist die Sache so, daß das Stadtgebiet zwar vielfach eine ungünstige Grenze aufweist, daß ferner bei dem vielfältigen Hinübergreifen aller möglichen Interessen über die Stadt- bezw. Gemeindegrenzen nicht immer einfache und angenehme Verhältnisse vorliegen, daß aber doch immer noch viel Bewegungsfähigkeit für die Stadt übrig bleibt. Zunächst was Siedlungsmöglichkeit angeht. Ich behaupte wohl nicht zu viel, wenn ich sage, daß noch viele Kilometer vollkommen ausgebaute, mit Kanalisation usw. versehene Straßen vorhanden sind, die auf Bebauung warten, und daß noch große unangeschnittene Flächen unbebauten Landes im Stadtgebiet liegen, auf denen Siedlungen größten Umfanges angelegt werden können.

Zu 2. wird gesagt:

Was das Anschlußbedürfnis der einzugemeindenden Gemeinden angeht, so kommen aus dem Gebiete des Landkreises Bochum eigentlich nur die Gemeinden Hordel, Riemke, Altenbochum und Weitmar in Frage. Die Lage der genannten Gemeinden zur Stadt ist aus der beigefügten Karte zu ersehen. Es ist ohne weiteres ersichtlich, daß die genannten Gemeinden viele Beziehungen zur Stadt haben müssen; vielfach z. B. bei Altenbochum ist die gemeinsame Grenze recht unglücklich. Es darf allerdings nicht verschwiegen werden, daß dies die Folge der letzten Eingemeindung ist, bei welcher eine bessere Grenze sich wohl hätte herstellen lassen, aber an dem Widerstande der Stadt bezw. der Gemeinde Wiemelhausen scheiterte. Die Verhältnisse sind wohl überall so, daß durch die Führung der Straßenzüge, die enge Besiedelung, die Verkehrsverhältnisse usw. der Uebergang von Vorortgemeinde zur Stadt sich unmerklich vollzieht. Es ist ferner zu beachten, daß naturgemäß zwischen der Stadt und den Einwohnern der gedachten Gemeinden die engsten Verbindungen auf allen möglichen Gebieten bestehen, von der Inanspruchnahme der städtischen Kauf- und Erholungsgelegenheiten angefangen, bis zum Besuche von Theater, Konzerten und ähnlichen städtischen Einrichtungen.

Des näheren wird hierbei die Frage der Entwässerung, der Elektrizitäts- und Wasserversorgung erörtert.

Zu 3. wird über die finanzielle Lage der Stadt Bochum ein allgemeines Bild entrollt, unter besonderer Hervorhebung der Kosten, die die Stadt für Kunstzwecke aufwendet. Auch der Schweizer Anleihe wird in diesem Zusammenhange nochmals Erwähnung getan. Zum Schlusse heißt es dann:

Ich teile durchaus die Auffassung, welche am 18. Dezember in der Dortmunder Besprechung von maßgebender Seite geäußert worden ist, daß man nicht auf das letzte Ende mit Gewalt losstürmen, sondern die nächste Lösungsmöglichkeit suchen müsse. Auch hier im Industriebezirk muß die Eingemeindungspolitik nicht vom Standpunkt einer Entwicklung, die alles vorweg nimmt, sondern einer solchen, welche noch übersehen werden kann, beurteilt werden. Es ist absolut notwendig, daß man auch hier schrittweise vorgeht und zunächst einmal das Erreichbare erfaßt.

Wenn in diesem Sinne die Eingemeindungsbestrebungen auch hier im Industriebezirk verfolgt werden, wenn sie geführt werden in einem Geiste, welcher das Wohl der Allgemeinheit über das Wohl eines einzelnen Gemeinwesens hinausstellt, dann gibt es m. E. wohl niemanden, der den gesunden Gedanken der Entwicklung, welcher ohne Zweifel in manchem der vorliegenden Projekte (auch der vielfach so herabgesetzten „Mittelstadtpläne") liegt, nicht anerkennen und wünschen würde, daß in der stolzen Werkstatt der Arbeit, dem hiesigen Industriebezirk, neben der Großzügigkeit im Gewerbe, Handel und Industrie, nicht eine ebenso großzügige und weitsichtige Kommunalpolitik getrieben werden möchte!

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 27. Juli.

Eine Tagung der Finanzdezernenten-Vereinigung der größeren westfälischen Städte

fand unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Falk-Bochum am Sonnabend, 22. Juli im Parkhause zu Bochum statt. Vertreten waren die Städte Bielefeld, Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Herford, Herne, Hörde, Iserlohn, Lüdenscheid, Paderborn, Wattenscheid, Witten. Darüber geht uns folgender Bericht zu:

Neben verschiedenen Fragen der Steuerverwaltung und der inneren Verwaltung bildete ein Hauptgegenstand der Erörterung die

Beschaffung der Geldmittel

für die in den letzten Monaten so ganz außerordentlich gestiegenen Gemeindeausgaben. Hierbei stellen insbesondere die Wohnungsbauten große Anforderungen an die Gemeindefinanzen. Die Versteifung des Geldmarktes, wie sie in der letzten Zeit sich sehr stark bemerkbar macht, trägt zur Vermehrung dieser Schwierigkeiten erheblich bei. Eine weitere Anspannung des Kredits der Städte für die Wohnungsbauten, die ohnedies im Umfang des Bauprogramms für das Jahr 1922 kaum durchgeführt werden können, ist im Hinblick auf die hohen Bedürfnisse auf allen anderen Gebieten der Gemeindeverwaltung ausgeschlossen. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als — wie von verschiedenen Großstädten des Westens schon beschlossen ist — einen entsprechend hohen Gemeindezuschlag zur staatlichen Wohnungsbauabgabe zu erheben, sodaß nicht nur die Zinsen und eine angemessene starke Tilgung für die bereits aufgenommenen Darlehne gewährleistet werden, sondern daß mindestens die jetzt eingetretenen Mehrkosten für die Bauten aus der Abgabe selbst unmittelbar gedeckt werden. Zweifellos wird die damit verbundene Erhöhung der Mieten, zumal in Verbindung mit den durch das Reichsmietengesetz voraussichtlich notwendigen weiteren Erhöhungen eine Steigerung der Gehälter und Löhne im Gefolge haben müssen. Dieser an sich bedauerliche Umstand darf aber nicht hindern, daß die für die Erhaltung der bereits vorhandenen und für die Errichtung der notwendigen neuen Wohnungen erforderlichen Gelder rechtzeitig und ausreichend beschafft werden.

Dabei müssen die infolge Heranziehung von Arbeitskräften durch die Industrie usw. gesteigerten Wohnungsansprüche auf irgend einem Wege — nötigenfalls durch ein Ortsstatut auf Grund des § 9a des K. A. G. — durch die Interessenten selbst befriedigt werden.

Bei Besprechung der verschiedenen Möglichkeiten der Geldbeschaffung wurde festgestellt, daß die von einzelnen Städten versuchte Aufnahme von amerikanischem Geld bisher nahezu erfolglos gewesen ist. Die hierüber erschienenen günstig scheinenden Zeitungsmeldungen wurden als durchaus unrichtig bezeichnet. Zwar haben verschiedene Städte mit amerikanischen Banken Vereinbarungen getroffen, aber abgesehen von kleinen Posten, der vor der Pariser Bankierkonferenz bereits abgesetzt wurde, konnten bisher keine deutschen Stadtanleihen in Amerika untergebracht werden. Seit dem Auseinandergehen dieser Pariser Bankierkonferenz ist der Geldmarkt für deutsche Anleihen vollständig verschlossen. Daß sich die Verhältnisse in absehbarer Zeit bessern werden, erscheint ziemlich unwahrscheinlich.

Ein weiterer Punkt der Verhandlungen betraf die in letzter Zeit bei zahlreichen Gemeinden gestellten Anträge auf Gewährung von Darlehn oder auf

Kapitalbeteiligung an gemeinnützigen Baugenossenschaften

und dergl. Gegen die Hergabe von Darlehen — ohne ausreichende Sicherheitsleistung — bestehen vom finanziellen Standpunkte aus erhebliche Bedenken. Wenn auch aus besonderen Gründen in verschiedenen Gemeinden dem Antrage auf Hergabe von Betriebskapitalien an solche Gesellschaften stattgegeben wurde, so muß doch davor, diese Darlehen in eine Kapitalbeteiligung an diesen Baugesellschaften oder Genossenschaften umzuwandeln, mit Rücksicht auf die weitergehende Bindung und die dadurch weiter herabgeminderte Sicherheit, gewarnt werden.

Den Wünschen der Gewerbetreibenden, bei der

Veranlagung der Gewerbesteuer

die unter den jetzigen Verhältnissen an sich wohl berechtigten Werkerhaltungskosten als abzugsfähig gelten zu lassen und ferner das eigene Arbeitseinkommen des Gewerbetreibenden und seiner im Betriebe tätigen Angehörigen von der Gewerbesteuer freizulassen, kann nach dem zeitigen Stande der Gesetzgebung grundsätzlich nicht entsprochen werden.

Zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Der Mitte Februar d. J. vom Bochumer Schwurgericht wegen Mordes zum Tode verurteilte 19-jährige Gärtnergehilfe Herbert Martin aus Horneburg bei Recklinghausen ist durch Beschluß des preußischen Staatsministeriums zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Martin, in München gebürtig, bayerischer Staatsangehöriger, erdrosselte am Abend des 8. Dez. 1921 in einem Privatweg unweit der Horneburger Straße hinter Dorn- und Brombeergestrüpp seine gleichalterige Geliebte Antonie Lippert, die er zu diesem Orte hingelockt. Der Tat ging ein verzweifelter Kampf zwischen Beiden voraus. Alsbald nach der Tat wurde Martin durch den Kriminalinspektor Karls von Recklinghausen-Amt verhaftet. Er leugnete anfangs die Tat, mußte sich aber angesichts des erdrückenden Beweismaterials zu dem Geständnis bequemen, seine Geliebte, deren er überdrüssig geworden, mit vorgefaßter Absicht ermordet zu haben. — Von den im Winter 1921 und Frühjahr 1922 vom Bochumer Schwurgericht zum Tode verurteilten 7 Personen sind bisher 3, die Erkenschwicker Raubmörder Müller, Kley und Heising hingerichtet, drei zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden und zwar der vierte der Erkenschwicker Raubmörder, Heinz Henseler, der Lustmörder an der Lehrerin Schumann, Bergmann Owsiany von Herten, und jetzt der Gärtnergehilfe Martin. Weiter zum Tode verurteilt ist noch der Schlosser Kellermann von Hordel wegen Erschießung eines Schupobeamten bei Gelegenheit seiner Verhaftung. Ueber dessen Gnadengesuch ist noch kein Entscheid getroffen worden.

Amtlicher Wetterbericht.

Ein Ausläufer über der Nordsee verursachte für unseren Bezirk zeitweise Regen. Bei Island ist ein kräftiges Tief erschienen. Der hohe Druck wird südwärts gedrängt. Es ist daher zunächst trockene Witterung bei wechselnder Bewölkung und wärmeren Temperaturen zu erwarten, später wieder veränderlich.

Industrie, Handel, Verkehr.

1 Dollar am 26. Juli 513 Mark.
(Nach der amtlichen Berliner Notierung) „ 25. „ 499 „

Amtliche Devisenkurse. (Berlin)

Für drahtliche Auszahlungen		25. Juli Geld	25. Juli Brief	26. Juli Geld	26. Juli Brief	Höchst. bish. G.
Holland	100 G.	19525.5	19574.4	19950.0	20000.0	20873.0
Belgien	100 Fr	3985.—	3995.—	4044.90	4055.10	3945.62
Norwegen	100 Kr.	8414.45	8435.55	8679.10	8700.90	8938.80
Dänemark	100 Kr.	10761.5	10788.5	11076.1	11103.9	11660.4
Schweden	100 Kr.	13008.7	13041.3	13383.2	13416.7	13682.8
Italien	100 Lir	2322.05	2327.95	2352.05	2357.95	2327.05
England	1 St.	2232.20	2237.80	2292.10	2297.90	2397.—
Amerika	1 D.	499.37	500.63	513.35	514.65	527.83
Frankreich	100 Fr.	4222.20	4232.80	4269.65	4280.35	4169.75
Schweiz	100 Fr.	9538.05	9559.95	9742.80	9767.20	10112.3
Spanien	100 Pes.	7785.25	7804.75	7950.05	7969.95	8239.65
Dtsch.-Oest.	100 Kr.	1.45	1.49	1.43	1.47	—
Tsch.-Slow.	100 Kr.	1137.55	1140.45	1193.50	1196.50	1188.50
Ungarn	100 Kr.	32.75	32.85	33.20	33.80	—.—

Rhein-Westf. Devisenmarkt.

p. Die Tendenz am Devisenmarkt war fest. Bei lebhaftem Verkehr wurden abends genannt: **Holland 20 000—20 200, Belgien 4040—4080, Paris 4240—4275, London 2300—2320, Newyork 512—516, Schweiz 9700—9800.**

p. **Kölner Lederbörse** vom 26. Juli. Bei lebhafter Nachfrage zogen die Preise erneut an. Es notierten: Eichenlohgegerbtes rheinisches Sohlenleder in Hälften 475—510, in Kernstücken 575 bis 610, Sohlenleder in Hälften 410—450, in Kernstücken 510—520, Riemenleder (kurz geschnitten 640—700, alles das Kilo; Rindbox (schwarz) 125—133, Boxkalf 155—170, Chevreaux 92—100, alles der Quadratfuß.

p. **Kölner Häute- und Fell-Börse** vom 26. Juli. Bei anhaltend fester Stimmung wurden die verhältnismäßig kleinen Angebote glatt aufgenommen. Es notierten: Großviehhäute 65—90, Fresserfelle 75—85, Kalbfelle 70—90, Schaffelle 35—45, alles das Pfund; Ziegenfelle 280—375, Roßhäute (bis 219 Stm.) 900—1100, über 220 Stm. 1900 bis 2100, Fohlenfelle 500—560, Hasenfelle 60—70, alles das Stück.

Berliner Wertpapierbörse vom 26. Juli. Die Börse zeigte kein einheitliches Aussehen. Das Geschäft war sehr still. Zum bevorstehenden Ultimo ist wieder eine etwas stärkere Verknappung am Geldmarkt eingetreten. Die Devisen waren etwas höher. In Effekten war die Kursgestaltung nicht einheitlich. Vielfach zeigten sich Kursrückgänge, welche die Kursbesserungen überwogen, jedoch hielten sich die Rückgänge in sehr bescheidenen Grenzen (durchschnittlich 10—20 Proz., vereinzelt 30—40 Proz.). Auf dem Montanmarkt gingen Harpener weiter unter ihren gestrigen Tiefstand zurück und wurden zeitweise mit 3000 genannt, um später wieder etwas anzuziehen.

Berliner Börsenkurse.

vom 26. Juli 1922.

	25. 7.	26. 7.		25. 7.	26. 7.
Bankaktien			Eintr. Braunk.	1645.	1645.
Barmer Bankv	210.—	210.—	Elberf. Farben	730.—	721.—
Com.u.Privatb.	285.—	281.—	Eschw. Berg	899.—	930.—
Darmst. Bank	271.—	270.—	Essener Steink.	1415.	1380.
Deutsche Bank	475.—	470.—	Flensb.Schiffsb	840.—	839.—
Disconto-Ges.	389.—	389.—	Gasmot. Deutz	770.—	755.—
Dresdner Bank	290.—	287.—	Gels. Bergw.	1360.	1330.
Ess.Cred.Anst.	248.50	250.—	Gels Gußstahl	800.—	790.—
Reichsbank	209.—	206.25	Glas Schalke	3800.	3800.
Brauereiaktien			Goldschmidt	955.—	928.—
Boch. Viktoria	560.—	—.—	Harp. Bergw.	3325.	3025.
Dortm. Aktien	760.—	760.—	Hasp. Eis. u. St.	—.—	—.—
Dortm. Union	875.—	800.—	Heckmann C.	3200.	3198.
MüserLangend	740.—	750.—	Hirsch Kupfer	830.—	800.—
Schleg.Scharp.	—.—	630.—	Hohenlohe	815.—	801.—
Schiffahrtsaktien			Howaldswerke	650.—	660.—
Hamb.Am.Pak.	443.—	445.—	Höchst Farben	727.—	711.—
Nordd. Lloyd	327.—	324.—	Hösch Stahlw.	1516.	1450.
Industrieaktien			Humb. Masch.	579.—	550.50
Adlerwerke	465.—	461.—	Ilse Bergbau	1420.	1430.
Akkumul. Hag.	1330.	1340.	Kali Aschersl.	1160.	1140.
Alg. Elekt. Ges.	750.—	731.—	Köln Neuessen	1550.	1490.
Anglo Guano	1725.	1705.	Königsborn	2075.	1950.
Annener Guss	825.—	800.—	Küppersbusch	1935.	1950.
Arenberg	—.—	—.—	Lahmeyer&Co.	385.25	380.—
Bad. Anilin	815.—	795.—	Laurahütte	2044.	2050.
Balcke Masch.	899.—	870.—	Magd. Bergw.	1525.	1605.
Baroper Walz.	1050.	1050.	Mannesmann	1148.	1185.
Bergm. Elektr.	580.—	551.—	Mark Zement	1190.	1290.
Bismarckhütte	—.—	—.—	Masch. A.-Nb	—.—	904.—
Boch. Gels. Str.	—.—	—.—	Masch. Baum	1203.	1200.
Boch. Gußstahl	1350.	1340.	Mülh. Bergw.	1900.	1865.
Braunk. u. Brik.	1100.	1125.	Nation. Autom	479.—	450.—
Buderus Eisen	805.—	790.—	Oberschl. Bed.	900.—	870.—
Busch Lüdensch	1290.	1312.	Orenst. Koppel	1100.	1060.
Caro	675.—	681.—	Phönix Bergw.	1480.	1430.
Chem. Griesh.	794.—	755.—	ReisholzPapier	559.—	580.—
Chem. Weiler	675.—	650.—	Rh. Braunkohle	1925.	1835.
Chem. Ind. Gels.	2550.	2500.	Rh. Stahlwerke	1405.	1380.
ConcordiaBerg	1690.	1690.	Riebeck Mont.	1825.	1800.
Cons. Schalke	—.—	—.—	Romb. Hütte	595.—	660.—
Daimler Mot.	425.—	419.50	Rütgerswerke	700.—	700.—
D.-Lux. Bergw	1525.	1215.	Sarottis Schok	1070.	1055.
Deutsche Erdöl	2425.	2325.	Siemens Halke	1150.	1106.
Deutsche Kali	1945.	1875.	Schuckert Co.	800.—	765.—
Deutsch. Masch	652.—	675.—	Schwelm. Eisen	2920.	2875.
D. Schachtbau	2500.	2450.	Thale Eisen	—.—	—.—
Deutsch. Walf.	1530.	1535.	Westfalia Eis.	1600.	1530.
DittmannNeun.	5750.	5750.	Westf. Drahtw	500.—	549.—
Dürkopp	610.—	605.—	Eis. u. Draht	622.—	600.—
Dynamit Nobel	706.—	681.—	Wicking Zem.	1428.	1030.
			Witt. Gusstahl	2800.	2800.
			Zellst. Waldhof	702.—	702.—

Veranstaltungen der Deutschen Volkspartei.

Donnerstag, den 27. Juli 1922.

Jugendgruppe 1. Stadtbezirk, abends 8 Uhr bei Mensing, Dorstenerstraße, wöchentliche Zusammenkunft. Redner:: Herr Rösner.

Jugendgruppe Hamme 3, abends 8 Uhr, bei Westermann, Haldenstraße 54, wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr Neukirchen.

Jugendgruppe 5. und 6. Stadtbezirk, abends 8 Uhr, im „Bochumer Hof", Alleestr. 17, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Griesenbruch, abends 8 Uhr bei Sethe, Max- und Bessemerstr.-Ecke, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Ehrenfeld, abends 8 Uhr, bei Hahnefeld, Hermannshöhe, wöchentliche Zusammen-

Jugendgruppe Wiemelhausen, abends 8 Uhr, bei Philipp, Wasserstraße 55, wöchentliche Zusammenkunft.

Freitag, den 28. Juli 1922.

Bezirksverein 4. und 7. Stadtbezirk, abends 8½ Uhr, bei Reese, Wittenerstr. 80, Versammlung. Redner: Herr Ströker-Bochum über „Wiederaufbau- und Steuerfragen".

Jugendgruppe Marmelshagen, abends 8 Uhr, bei Bergmann, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Laer, abends 8 Uhr bei Schulte, Wittenerstraße 13, wöchentliche Zusammenkunft.